

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 9/2019



Novellierte Reha-Gesetze

Freya Klier: Genauer hinschauen!

Erinnern an Edeltraud Eckert

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell

- 3 Die Kuh ist vom Eis
Umfrage zum 9. November
„Arno-Esch-Zentrum“
Vorbild für andere geteilte Völker
Abriß von Haus 6

Recht

- 4 „Alles in allem ein großer Erfolg“
5 Wahlrecht für Altfälle

Thema

- 6 Endlich mal genauer hinschauen
8 Der Treuhand-Komplex

Geschichte

- 9 Ein Denkmal für nur wenige Stunden

Berichte

- 10 Nicht nur eine Wirklichkeit
Erinnern an Edeltraud Eckert
11 Origineller Protest
12 Es ging immer um Devisen
13 Bilanz eines Wunders

Verbände

- 14 Ein Ende mit Schrecken
Projekt Politisch motivierter Kindesentzug
15 Die Friedliche Revolution 1989 in Frankfurt
Berliner Sonderausstellung im Parlamentarium
„Mauern – Gitter – Stacheldraht“

Service/Bücher

- 16 Erinnerungen an den Mauerfall
Verwischte Spuren
17 Putin und der Westen
Eine Handvoll Leben
18 Hunde bei der Therapie
Ost-Berlin
19 Der rote Doktor

Service/Veranstaltungen

17–19

Umschlagbild

Umschlagbild: Vom 4. bis 10. November 2019 feierte die Stadt Berlin mit vielen Veranstaltungen den 30. Jahrestag des Mauerfalls. Auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale (Campus der Demokratie) wurden mit Einbruch der Dunkelheit Toncollagen abgespielt und Lichtinstallationen ausgestrahlt.

Foto: Christian Sachse

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde,

zu allererst wünsche ich Ihnen allen eine gesegnete Weihnacht und damit verbunden besinnliche Stunden. Und wünschen wir für uns alle Gesundheit!

Das Jahresende bietet eine hervorragende Gelegenheit für einen Rückblick auf das vergehende Jahr. Im Deutschen Bundestag sind im November verschiedene gute Entscheidungen, angefangen von der Entfristung der Rehabilitierungsgesetze über die Erleichterung der Anerkennung und Rehabilitierung von Heimkindern bis hin zur Erhöhung der SED-Opferrente und dem endgültigen Beschluß zur Errichtung eines Mahnmals für die Opfer des Kommunismus, getroffen worden (s.S. 4).

Allerdings ist damit unsere gemeinsame Arbeit zur Anerkennung und Rehabilitierung der Opfer der SED-Diktatur noch nicht beendet. Unser Anliegen war es immer, den 30. Jahrestag des Falls der Mauer und im nächsten Jahr auch den 30. Jahrestag der deutschen Einheit nicht

nur als Tage der Freude zu begehen – die wir natürlich empfinden –, sondern auch als wichtige Tage der Inventur darüber, wie es mit der Aufarbeitung des SED-Unrechts und damit natürlich um die Menschen steht, die in besonderer Weise leiden mußten. Von daher, auch wenn wir einiges erreicht haben, bleibt noch vieles zu tun.

Ich möchte Ihnen allen für Ihr Interesse und Ihre Unterstützung danken. Ich will bei dieser Gelegenheit aber auch nicht versäumen, den Abgeordneten im Deutschen Bundestag ebenso wie unseren Unterstützern in den Ländern zu danken, die uns geholfen haben, über Bundesrat und Bundestag Entscheidungen zugunsten der SED-Opfer zu erwirken.

Ihnen allen eine gesegnete Weihnacht und ein gesundes Neues Jahr!

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dieter Dombrowski

Neues Layout

Daß Seite 20 ab dieser Ausgabe ein leicht verändertes Layout hat, ist den Forderungen der Deutschen Post geschuldet. Um die Adressen auf den Etiketten vollautomatisch ablesen zu können, dürfen weitere Adressen auf dieser Seite nur im Negativ-Druck (weiß auf dunkel) erscheinen.

Die Redaktion

Die Kuh ist vom Eis

(st)Für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte stellt der Bund im kommenden Jahr mehr Geld bereit, teilte die kulturpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Elisabeth Motschmann, nach den Etatberatungen im Kulturausschuß mit. Dazu gehört auch die Übernahme der Finanzierung der Zeitschrift „Der Stacheldraht“. Im nächsten Jahr geht es also wie gewohnt weiter.

Zu dem Beschluß gehören ebenso die Finanzierung eines Zentrums für Oppositions- und Widerstandsgeschichte in der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin Lichtenberg, einer Machbarkeitsstudie für ein „Mahnmal für die Opfer des Kommunismus“, von Zeitzeugenauftritten an Schulen sowie eine Erhöhung der Mittel der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. 

Umfrage zum 9. November

Durch den Mauerfall am 9. November 1989 ist das Leben in Deutschland insgesamt besser geworden, das sagten drei Viertel der Befragten (74 Prozent) bei einer repräsentativen Umfrage von Kantar im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Daß die Friedliche Revolution von 1989 ein Glücksfall war, denken insgesamt 76 Prozent der Befragten, in Ostdeutschland sogar 81 Prozent. „Angesichts der aktuellen Ost-West-Debatten ist es ermutigend, daß die Mehrheit der Menschen die Friedliche Revolution und den Mauerfall vom 9. November 1989 als historischen Glücksfall sieht“, sagte die Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung, Anna Kaminsky.

Zugleich sind 30 Jahre nach dem Mauerfall rund 40 Prozent der Befragten der

Ansicht, daß die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland größer sind als die Gemeinsamkeiten. In Ostdeutschland sind sogar 62 Prozent dieser Meinung. „Wir sehen, daß viele Menschen in Ostdeutschland nicht das Gefühl haben, im vereinten Deutschland angekommen zu sein. Das hat viel mit den hohen Erwartungen an das Leben in der Demokratie und den tatsächlichen Erfahrungen und Enttäuschungen zu tun. Auch die Nachwirkungen des Lebens in der Diktatur darf man hier nicht unterschätzen“, erklärte Kaminsky.

Die vollständigen Ergebnisse der repräsentativen Umfrage von Kantar: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/uploads/2019-pdf/umfrage_bundesstiftung_aufarbeitung_2019.pdf 

„Arno-Esch-Zentrum“ zur Erforschung der Stasi-Akten

(ur)Nach Plänen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Roland Jahn, sollen die Stasi-Akten der früheren drei Nordbezirke der DDR nach Auflösung der Behörde zentral in das Bundesarchiv überführt werden. Von den derzeit noch zwölf existierenden Außenstellen der Behörde soll es künftig nur noch fünf Archiv-Standorte geben, einen pro Ost-Bundesland.

Für den Rektor der Universität Rostock Professor Wolfgang Schareck und den Historiker Professor Stefan Creuzberger sind dafür im geplanten „Arno-Esch-Zentrum“ am Hochschulstandort Rostock die denkbar besten Voraussetzungen gegeben. Das Forschungszentrum soll die Teilbe-

reiche „Wissenschaft“, „Stasi-Archiv“ sowie „Bildungs- und Gedenkstätte“ vereinigen, „um das Erbe der Staatssicherheit für die Forschung sowie die akademische Lehre und Lehrerausbildung zu nutzen“, so Professor Creuzberger, der zurzeit die „Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland“ leitet.

„Mit der Gründung des ‚Arno-Esch-Zentrums‘ schafft die Universität nicht nur einen öffentlich wirksamen Ort der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Diktaturen in Deutschland, sie setzt damit auch eine Forderung der Koalitionspartner der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns um“, betonte Rektor Schareck. 

Vorbild für andere geteilte Völker

(uokg)Am 9. November jährte sich der Fall der Mauer zum 30. Mal. Der Mauerfall führte nicht nur zum Zusammenbruch der SED-Diktatur, sondern auch zur Wiedervereinigung Deutschlands. Das Thema war in der Öffentlichkeit allgegenwärtig. Im Fernsehen liefen auf nahezu allen Programmen Reportagen. In der ganzen Bundesrepublik und insbesondere in Berlin fanden eine Vielzahl von Veranstaltungen und Feierlichkeiten statt.

„Am 9. November vor 30 Jahren geschah das, was die meisten Menschen im geteilten Deutschland nicht mehr erwartet hatten. Die Mauer fiel, und damit zerbrach durch den Willen der Bürgerinnen und Bürger auch die SED-Diktatur“, sagte Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG. „Neben der großen Freude in allen Teilen unseres Landes ist es auch wichtig, all denen zu danken, die im Herbst 1989 besonnen gehandelt haben. Dies sind Hunderttausende von Bürgern, die unter dem Motto ‚Keine Gewalt‘ ihre berechtigten Forderungen nach Freiheit bekundeten. Alle Deutschen können stolz sein auf eine friedliche Revolution, die auch Vorbild für andere geteilte Völker sein kann.“ 

Abriß von Haus 6

(bk)Das Berliner Bürgerkomitee 15. Januar hat den Abriß von Haus 6 des Areals der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin als überflüssig und undemokratisch bezeichnet. Früher war dort die „Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des Ministeriums für Staatssicherheit“ (ZAIG) untergebracht. Dies sei ein Eingriff in das Ensemble und verstoße darüber hinaus gegen geltendes Sanierungsrecht. Die Bürgerrechtler fürchten, daß es sich um den Auftakt für weitere Abrisse auf dem Gelände handeln könnte, denn ein Großmagazinbau soll dort entstehen. Das Projekt ist umstritten. 



**Ein frohes und gesegnetes
Weihnachtsfest und ein
gesundes Neues Jahr
wünscht allen Leserinnen
und Lesern herzlich**

die Redaktion

„Alles in allem ein großer Erfolg“

Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze

In der letzten Ausgabe des „Stachel-drahts“ wurde bereits über die Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze geschrieben und die dazugehörige Anhörung im Rechtsausschuß am 11. September 2019 geschildert. Nach der massiven Kritik bei der Anhörung haben die Regierungsparteien akribisch an einem verbesserten Entwurf gearbeitet.

Am 24. Oktober 2019 wurde der neue und verbesserte Gesetzesentwurf mit den Stimmen der CDU, CSU, SPD und FDP im Bundestag beschlossen. Die Grünen und Die Linke enthielten sich. Die AfD stimmte dagegen.

Der zustimmungsbedürftige Gesetzesentwurf wurde am 8. November einstimmig im Bundesrat bestätigt (BR-Drs. 537/19). Die neuen Regeln werden am Tag nach der Verkündung in Kraft treten. Dies wird bei Erscheinen dieser Ausgabe sicherlich schon der Fall gewesen sein.

Was sieht das neue Gesetz alles vor?

1. Entfristung

Seit vielen Jahren gefordert und nun endlich beschlossen, die Entfristung aller drei SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, des Strafrechtlichen, Beruflichen und Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes. Fortan muß sich also niemand mehr Sorgen machen, vielleicht zu spät zu kommen. Alle Betroffenen des SED-Unrechts können nunmehr, ohne irgendwelche Fristen im Kopf, Rehabilitierungsanträge stellen, wenn sie sich auch tatsächlich in der Lage dazu fühlen.

2. Erhöhung der Opferrente und Ausgleichsleistungen

Die sogenannte Opferrente wird von 300 auf 330 Euro und die Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz von 214 auf 240 Euro bzw. für Rentenempfänger von 153 auf 180 Euro erhöht. Die Erhöhungen werden automatisch geleistet. Die Betroffenen sollten allerdings darauf achten, daß die auszahlenden Behörden die Erhöhungen auch tatsächlich vornehmen.

Zudem wurde im Gesetz festgeschrieben, daß die Höhe der Opferrente und

Ausgleichsleistungen alle fünf Jahre überprüft wird. Es ist also davon auszugehen, daß sich die Zahlungen alle fünf Jahre beginnend mit 2025 erhöhen werden.

3. Die „180-Tage-Regelung“ wird auf 90 Tage reduziert

Eine besondere Verbesserung ist die Halbierung der „180-Tage-Regelung“ auf nunmehr 90 Tage. Dies bedeutet also für alle Betroffenen, die eine strafrechtliche Rehabilitierung von unter 180 Tagen, aber über 90 Tagen haben, nunmehr einen Antrag auf die sogenannte Opferrente gemäß § 17a StrRehaG stellen zu können. Da die Opferrente gemäß § 17a Abs. 4 StrRehaG beginnend mit dem auf die Antragstellung folgenden Monat ausgezahlt wird, ist zu empfehlen, so schnell wie möglich einen Antrag auf Opferrente zu stellen. Zu beachten ist, daß mit dem Anspruch auf die Opferrente nun selbstverständlich die jährliche Unterstützungsleistung der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn entfällt.

4. Betroffene von Spezialheimen oder vergleichbaren Einrichtungen

Das neue Gesetz sieht unter dem neu eingeführten § 10 Absatz 3 Satz 1 nunmehr vor: „Es wird vermutet, daß die Anordnung der Unterbringung in einem Heim für Kinder oder Jugendliche der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken diene, wenn eine Einweisung in ein Spezialheim oder in eine vergleichbare Einrichtung, in der eine zwangsweise Umerziehung erfolgte, stattfand.“ Bis zuletzt wurde u.a. von Seiten der UOKG leider vergeblich versucht, vor das Wort „vermutet“ noch ein „unwiderleglich“ zu setzen, was zur Folge gehabt hätte, daß auch alle Betroffenen tatsächlich eine Rehabilitierung erhalten würden. Denn durch die nun getroffene Formulierung besteht die Gefahr, daß die Gerichte ihre zum Teil restriktive Rechtsprechung nahtlos weiterführen werden. Solange sich diese Gefahr aber nicht bestätigt, gilt es davon auszugehen, daß die Chancen einer Rehabilitierung wesentlich verbessert sind, so daß alle Betroffenen, die noch keinen Rehabilitierungsantrag gestellt haben, aufgerufen sind, dies nun zu tun.

Es wurde leider nicht erreicht, ein Zweit-antragsrecht in das Gesetz aufzunehmen, was wie folgt begründet wurde: „Das strafrechtliche Rehabilitierungsverfahren ist ein gerichtliches Verfahren und endet mit einer gerichtlichen Entscheidung. Ein Zweit-antragsrecht ist damit nicht vereinbar.“

Dies bedeutet für diejenigen, deren Rehabilitierungsanträge schon abgelehnt worden sind, zunächst, daß ihnen keine Rehabilitierung zusteht. Es kann jedoch Fälle geben, in denen es sich lohnen könnte, einen Wiederaufnahmeantrag zu stellen. Zudem besteht über eine analoge Anwendung des § 1 Abs. 6 Satz 2 StrRehaG die Hoffnung, einen Zweit-antrag durchzubekommen. Dies wird sich allerdings in der Praxis erst noch zeigen müssen. Es wird daher empfohlen, sich z.B. von der UOKG-Beratungsstelle beraten zu lassen.

5. Kinder von politisch Verfolgten

Wenn Kinder nur aufgrund der politischen Inhaftierung der Eltern in ein Heim eingewiesen worden sind, waren diese bisher grundsätzlich von einer Rehabilitierung ausgeschlossen. Um diesem unerträglichen Zustand entgegenzuwirken, wurde nun in § 10 Abs. 3 Satz 2 folgende Formulierung eingefügt: „Darüber hinaus wird vermutet, daß die Anordnung der Unterbringung in einem Heim für Kinder oder Jugendliche der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken diene, soweit gleichzeitig mit der Unterbringung freiheitsentziehende Maßnahmen gegen die Eltern oder Elternteile aufgrund von Entscheidungen, die im Wege der Rehabilitierung für rechtsstaatswidrig erklärt und aufgehoben worden sind, vollstreckt wurden. Eine gleichzeitige Vollstreckung freiheitsentziehender Maßnahmen liegt vor, wenn zwischen der Unterbringung in einem Heim und der Vollstreckung der freiheitsentziehenden Maßnahmen ein Sach- und Zeitzusammenhang besteht.“

Unter diesen Voraussetzungen kann ab sofort davon ausgegangen werden, daß alle Betroffenen nunmehr rehabilitiert werden. Dies gilt jedoch leider nicht für schon abgelehnte Anträge. Auch hier wurde kein Zweit-antragsrecht aus oben genannten Gründen zugestanden. An-

ders als unter Punkt 4 besteht hier auch keine Hoffnung eines Zweitantragsrecht über eine analoge Anwendung des Gesetzes, denn unter § 18 wurde unter Abs. 4 ein neuer Anspruch eingeführt, der genau diesen Betroffenen zu Gute kommen soll*. Demnach können sich die Betroffenen an die Stiftung für politische Häftlinge in Bonn wenden. Es ist bekannt, daß die Leistungen der Stiftung jedoch begrenzt sind. Aus diesem Grund wurde in der Gesetzesbegründung folgendes klargestellt: „Im Hinblick auf die Höhe der Unterstützungsleistungen nach dem neuen § 18 Absatz 4 StrRehaG soll dabei berücksichtigt werden, in welcher Höhe die betroffene Person Leistungen hätte erhalten können, wenn sie rehabilitiert worden wäre.“ Wie die Stiftung dies umsetzen will, ist noch nicht entschieden. Sie werden dazu aber in der nächsten Ausgabe des Stacheldrahtes informiert werden. Die UOKG wird sich auch hier dafür einsetzen, daß den Betroffenen die ihnen letztlich zustehende Rehabilitation doch noch zukommen wird.

6. Verfolgte Schüler

Die Verfolgten Schüler wurden bisher in den Entschädigungsleistungen noch gar nicht berücksichtigt. Das neue Gesetz sieht nun vor, den Verfolgten Schülern den Zugang zu den Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz zu gewähren. Voraussetzung für diese Ausgleichsleistungen ist eine mindestens drei Jahre andauernde Verfolgung. Für Verfolgte Schüler bedeutet

* Dies ist eine Auslegung, die aufgrund der Gesetzesbegründung zwingend ist, sich aus dem Wortlaut des Gesetzes aber m.E. nicht herauslesen läßt. Martina Kegel, Ass.Jur.

dies, daß die verweigerte oder abgebrochene Ausbildung für eine Dauer von mindestens drei Jahren nicht angetreten oder weitergeführt werden durfte. Wie die zuständigen Behörden mit dieser Gesetzesänderung umgehen werden, ist noch nicht absehbar, so daß auch hier geraten wird, wenn es bei der Beantragung Probleme geben sollte, sich beraten zu lassen.

7. Einmalzahlung für Zersetzungsoffer

In das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz wurde ebenfalls ein neuer Anspruch eingefügt. Die Betroffenen von Zersetzungsmaßnahmen bekommen nun auf Antrag eine Einmalzahlung in Höhe von 1500 Euro. Nach der Gesetzesbegründung werden diejenigen Maßnahmen mit dem Ziel der Zersetzung, mit denen auf die Einstellung des Betroffenen systematisch und zielgerichtet eingewirkt wurde, damit dieser nach Sicht der SED-Diktatur unerwünschte Positionen oder Betätigungen aufgibt, erfaßt. Beispiele derartiger Zersetzungsmaßnahmen nennt die Richtlinie 1/76 der Staatssicherheit zur Bearbeitung operativer Vorgänge, so die Gesetzesbegründung.

Letztlich wurde zusammen mit diesem Paket noch eine Änderung des Adoptionsvermittlungsgesetzes beschlossen, mit welcher u.a. die Möglichkeit geschaffen wird, politisch motivierte Adoptionsvermittlungen in der DDR für wissenschaftliche Vorhaben zu erforschen.

Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG, hat die aufgezählten Verbesserungen in einer Pressemitteilung als „Alles in allem ein großer Erfolg“ bewertet. Sicherlich hätte die Erhöhung

der Opferrente großzügiger ausfallen, ein Zweitantragsrecht gewährt werden oder noch weitere Opfergruppen, wie die Zwangsausgesiedelten, mit in das Gesetz aufgenommen werden können, aber insbesondere vor dem Hintergrund, daß die Novellierung zunächst nur die Entfristung und eine halbherzige Regelung für die Einweisung in ein Heim aufgrund der politischen Inhaftierung der Eltern vorsah, kann Dieter Dombrowski durchaus zugestimmt werden. Das neue Gesetz wird sehr vielen Betroffenen von SED-Unrecht zu Gute kommen.

Benjamin Baumgart, Ass. jur.

(Ab 15. Januar 2020 sind weitere Einzelheiten auf www.uokg.de zu finden.)

*Das Geld zieht nur den
Eigennutz an und verführt stets
unwiderstehlich zum Mißbrauch.
Albert Einstein*

Keinerlei Eigennutz wird von einer Spende für den Stacheldraht angezogen...

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit neun Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Kooperationserlaß: Wahlrecht für Altfälle

Änderung bei Darlehensrückzahlung nach dem BAföG

(BMBF) Alle Darlehensnehmende, die bereits zu irgendeinem Zeitpunkt vor dem 1. September 2019 BAföG-Staatsdarlehen erhalten haben, können noch bis zum 29. Februar 2020 schriftlich oder elektronisch gegenüber dem Bundesverwaltungsamt erklären, daß für die Rückführung ihres gesamten BAföG-Staatsdarlehens die endgültigen Erlaßmöglichkeiten nach Ablauf des Rückzahlungszeitraumes zur Anwendung kommen sollen (§ 18 Absatz 12).

Im Gegenzug gilt dann auch für sie der maximale Rückzahlungszeitraum von 20 (anstatt bisher 30) Jahren einschließlich der Zeiten einkommensbedingter Freistellungen, die gewährt wurden oder weiterhin gewährt werden.

Auch wer am 1. September 2019 ohnehin schon länger als 20 Jahre rückzahlungspflichtig ist, kann die Anwendung neuen Rechts wählen. Für die Betroffenen endet

der Rückzahlungszeitraum dann unmittelbar nach ihrer Erklärung. Damit eine verbliebene Darlehensrestschuld erlassen werden kann, müssen die Voraussetzungen im gesamten Rückzahlungszeitraum vorliegen, auch wenn die 20 Jahre im Einzelfall bereits überschritten wurden.

Nähere Informationen unter der kostenlosen BAföG-Hotline: (0800) 2 23 63 41 (Mo–Fr 8.00–20.00 Uhr) 

Endlich mal genauer hinschauen

Beim Festakt des Freistaates Sachsen und der Stadt Leipzig zu „30 Jahre Friedliche Revolution“ am 9. Oktober im Gewandhaus Leipzig hielt die Schriftstellerin, Dokumentarfilmerin und DDR-Bürgerrechtlerin **Freya Klier** eine Festrede

In den Städten brennt die Luft

Am Anfang der Friedlichen Revolution steht rohe Gewalt. Für die DDR-Führung und ihren Machtapparat ist die Konterrevolution bereits seit den aufgedeckten Wahlfälschungen im Mai 1989 bedrohlich fortgeschritten. Sind die Internierungslager bereit? Wie lange sollen sie diesem Treiben – das selbstverständlich von „feindlich-negativen Elementen im Auftrag des US-Imperialismus“ angezettelt wurde – noch zuschauen?

Im Juni 89 begrüßen sie mit Egon Krenz das Massaker der chinesischen Regierung am Tiananmenplatz in Peking, das mehrere tausend Menschen das Leben kostet, und wünschen sich, gegen die aufmüpfigen DDR-Bürger würde ähnlich hart durchgegriffen, falls die ihre Provokationen nicht beenden.

Im Sommer wird es für die Genossen noch schlimmer: Mit den Ereignissen in Polen, der Fluchtwelle über Ungarn und den Botschaftsbesetzungen spitzt sich die politische Krise der DDR nun derart zu, daß sich spontan oppositionelle Gruppe bilden. Sie nennen sich Neues Forum, Initiative für eine Sozialdemokratische Partei, Demokratischer Aufbruch, Demokratie Jetzt... und sie kommen aus einer Bürgerrechtsbewegung, die schon seit Jahren um Demokratie im Land ringt, zumeist unter dem Dach der Kirche. Sie waren bisher in Friedenskreisen aktiv, haben den Boden für eine Gesellschaft bereitet, die noch nirgendwo

in Sicht ist: Ihre Themen waren Abrüstung, Menschenrechte, Umweltschutz, Bewahrung der Schöpfung, Erziehung und Wehrdienstverweigerung. Und nun wird plötzlich auch Bleiben oder Gehen zur Schicksalsfrage. Denn im September 1989 fliehen bereits täglich Menschen in einer Dorf- bis Kleinstadtstärke über die ungarische Grenze.

In Leipzig nehmen im September die Verhaftungen zu, auch in Berlin und Potsdam. Fastenaktionen und Mahnwachen für inhaftierte Bürgerrechtler sind die Antwort darauf. SED und Staatssicherheit verstärken noch einmal ihr Drohpotential. Das halbe Land blickt nun schon montags nach Leipzig: Dort drängen sich am 25. September Menschenmassen in die Nikolaikirche, die wegen Überfüllung geschlossen werden muß. „We shall overcome“ schallt es beim Hinausgehen nach dem Friedensgebet. Der Demonstration schließen sich nun bereits 8000 Menschen an – eine Woche später sind es 25 000 Menschen. Die Friedliche Revolution hat begonnen, doch friedlich verläuft sie bisher nur von Seiten der Demonstranten.

Anfang Oktober brennt die Luft: Erich Mielke hat die Mobilisierung aller Reserven befohlen, und so werden in den folgenden Tagen mehr als 5000 Menschen festgenommen, herrscht in Großstädten wie Dresden, Halle, Magdeburg eine außerordentliche Gewalt. Demonstrationen, vor allem in Dresden, werden mit äußerster Brutalität beendet. Und auch der Horror am 40. Jahrestag der DDR läßt viele traumatisierte Menschen zurück: Allein in Ost-Berlin werden am 7. Oktober etwa 1070 Personen verhaftet – spontane Demonstranten, aber auch unbeteiligte Bürger. Denn ebenso viele Sicherheitskräfte sind auf den Straßen eingesetzt: Stasi-Personal, Polizisten, Kampfgruppen, Strafvollzugsbedienstete, wehrpflichtige Bereitschaftspolizisten, Soldaten,

Spezialeinheiten, das MfS-Wachregiment „Feliks Dzierzynski“, das FDJ-Bataillon der Staatssicherheit und sogar FDJ-Ordnungsgruppen.



Foto: Michael Panse

Freya Klier, 2009.

Am erbarmungslosesten schlägt die „Anti-Terror-Einheit“ des MfS zu. In der Nähe der Berliner Gethsemanekirche gerät eine junge Frau, die vor der Kirche eine Kerze abstellen will, gegen 21.30 Uhr in eine Polizeikette: „Ich erlebte, daß Menschen wahllos herausgegriffen und von 2-3 Uniformierten über die Straße geschleift und mit Schlagstöcken verprügelt wurden. Ich sah, wie ein älterer Mann an den Haaren gepackt und immer wieder mit dem Gesicht auf die Straße geschlagen wurde, von 3 Uniformierten. Völlig verzweifelt darüber, war ich nicht in der Lage, mich von der Stelle zu rühren.“

Als der Befehl „Alles festnehmen!“ ertönt, wird auch die Frau – Mutter zweier Kleinkinder – gepackt und mit verdrehtem Arm auf einen LKW geworfen. Ihre Beteuerungen, daß ihre Kinder allein zuhause sind, werden höhnisch ignoriert. In einem Polizeirevier muß sie im Hof zwei Stunden reglos stehen und die Mißhandlung anderer Verhafteter miterleben. In der Nacht um 3.30 Uhr wird auch sie, völlig durchgefroren, ins Gefängnis Rummelsburg transportiert. Dort harren die Gefangenen in der Kälte auf dem LKW aus, bevor sie zum Verhör geführt werden.

Die meisten der malträtierten Menschen, die sich friedlich für Demokratie einsetzen, landen anschließend in einer Zelle. Hat auch nur einer der brutalen Schläger seinen Kindern später erzählt, was er



Foto: Raimond Spekking/CC BY-SA
Deutsche Botschaft in Prag. Auf dem halbrunden Balkon im ersten Stock hielt Außenminister Genscher 1989 seine Rede an die Botschaftsflüchtlinge.

unschuldigen Menschen angetan hat? Haben die Schinder einer 40jährigen Diktatur ihren Anteil daran offengelegt, daß am Ende fast 4 Millionen DDR-Bürger aus ihrer Heimat geflohen sind?

Ich zweifle daran, denn nun macht sich die Nachwuchs-Genossen-Generation daran, diese Diktatur zu glätten. Wie wäre es für die Demokraten Deutschlands, endlich mal genauer hinzuschauen?

Geschichtslügen

Bald nach dem Mauerfall trübte sich unsere Stimmung: Wir sahen, wie durchorganisiert die Genossen wieder Tritt faßten. Die obersten Funktionäre wurden öffentlichkeitswirksam abgesetzt, der Rest formierte sich neu. Die Staatssicherheit benannte sich nach außen um und festigte nach innen ihr mafiotisches Netzwerk. Eine massenhafte Aktenvernichtung begann. Und während sich Runde Tische bildeten, verschwand, wie von Geisterhand gesteuert, Volksvermögen im Ausland, wurden Immobilien auf zuverlässige Parteigänger übertragen. Um den Jahreswechsel 1989/90 eilte das Gerücht durchs Land, in der Staatsbank der DDR liefen die Maschinen heiß, ein Insiderkartell bediene sich dort. Auf dem Flughafen in Oslo wurde ein Genosse verhaftet, der 5 Millionen DDR-Mark im Koffer nach Moskau schmuggeln wollte. Zwischen Januar und Mai 1990 – inzwischen war klar, daß es zur deutschen Einheit kommen würde – verschwand ein großer Teil des DDR-Volkseigentums in den eilig gegründeten GmbH der Genossen – den finanziellen Gewinnern der Einheit.

Wir riefen nach dem Verfassungsschutz; die Abteilung „Regierungskriminalität“ wurde ins Leben gerufen und vermochte wenigstens einige Milliarden des gestohlenen Geldes für den Aufbau Ost zu retten. Die verantwortlichen Genossen aber taten, als ginge sie das alles nichts an. Und schon entdeckte man an einigen Grenzhäuschen die ersten großen Tafeln, auf denen stand: „Im Mai richtig wählen: SED-PDS!“

Mit keinem Wort findet sich der Fakt, die DDR-Bevölkerung nach 40 Jahren noch ein letztes Mal schamlos ausgeplündert zu haben, in irgendeiner der antiwestlichen Jammerschriften zum 30. Jahrestag des Mauerfalls. Statt dessen wird jetzt die Nachwende-Zeit zum großen Übel erhoben. Die Treuhands sei an allem Schuld. Deshalb empfehle ich hier drin-

gend das Buch des Spiegel-Journalisten Norbert Poetzl: „Der Treuhands-Komplex“. Seit zwei Jahren sind nämlich die Originalakten des gesamten Treuhands-Vorgangs einsehbar, für jeden. Und die sagen etwas anderes aus, als die Darstellung einer DDR-Juristin.

1999, am 10. Jahrestag des Mauerfalls, ist die Stimmung ausgelassen, wirkt alles noch ein wenig wie gestern – die Republik der Trabis und Kittelschürzen, die in einen Kaufrausch stürzte, bei dem die Freßwelle nahtlos in die Möbel- und PKW-Welle überging. Das Glücksgefühl vieler, endlich reisen zu dürfen, wohin man will. Doch spürten viele inzwischen, daß nicht nur der historische, sondern auch der existentielle Einschnitt ein gewaltigerer war, als in der Euphorie vorausgesehen. All das Bekannte und Gewohnte war plötzlich außer Kraft gesetzt; der Teppich unter den Füßen begann bei manchen zu rutschen – es mag ein schäbiger gewesen sein, doch hatten sie bisher mit beiden Beinen drauf gestanden.

Seltsame Vorgänge waren zu beobachten: Gekauft wurde plötzlich nur noch, was aus dem Westen kam, dann schlug das um ins Gegenteil. Manche verloren völlig den Verstand: Mitropa-Geschirr wurde massenhaft zerdeppert. Und ein Fernsehbild kriege ich bis heute nicht aus dem Kopf: Da packt ein Brandenburger Bauer ein Schwein aus der grunzenden Meute auf seinem Hänger und schlägt es auf die Bordsteinkante, bis es tot ist. Dazu schreit er den filmenden Journalisten an, seine Schweine fänden keinen Abnehmer mehr, sie seien angeblich zu fett...

Am 20. Jahrestag des Mauerfalls lief ich stolz hinter der Bundeskanzlerin und den beiden entspannten, schon etwas fülligen Herren Gorbatschow und Wałęsa über die Bornholmer Brücke und brachte meine letzten Russisch-Kenntnisse an den Mann. Die Menschenmasse auf der Brücke wirkte auch nach 20 Jahren befreit und glücklich, sie hatten ja Weltgeschichte erlebt – den Fall der Mauer, das Ende der DDR-Diktatur und die Wiedervereinigung Deutschlands. Daß das Zeitalter eines befreiten, zusammenwachsenden Europas begonnen hat, begrüßten alle vorbehaltlos.

Und wir Deutschen? Mich holte wieder die Dimension der Fluchtwelle vom Sommer 1989 ein. Der Leipziger Bürgerrechtler Uwe Schwabe hatte aus seinem Umfeld geschildert: „Der Kinderarzt war auf einmal verschwunden, der Bäcker von nebenan war auf einmal zu, Verwandte und Freunde kamen nicht aus dem Urlaub zurück. Das war das Thema, das jeden bewegt hat, weil jeder davon irgendwie betroffen war.“

Gerade diese Massenflucht hatte die Oppositionsbewegung im Herbst 1989 so stark mobilisiert. Doch erneut stand die Frage: Wer gilt eigentlich als Ostler – der da noch heute wohnt oder auch die Millionen von Menschen, die sich abzusetzen



Montagsdemonstration in Leipzig am 23. Oktober 1989.

vermochten, ihre schlimmen Diktatur-Erfahrungen aber nicht mehr aus der Seele kriegten?

Auch zahlreiche DDR-Lehrer wechselten 1990 rasch in ein westliches Bundesland und dockten dort an einer demokratischen Schule an. Die Kollegen aus Ost und West arbeiten nun seit Jahren prima zusammen. Ich erlebe das immer wieder, denn ich bin oft in ihren Schulen in Hessen, Bayern oder Niedersachsen, NRW oder Baden-Württemberg. Dann erarbeiten wir mit den Schülern den Unterschied zwischen ihrer Demokratie und einer Diktatur.

Die Lücken in den Lehrerkollektiven wurden 1990 – Frau Honecker war da längst abgesetzt – mit seltsamen Quereinsteigern gefüllt: Hauptamtliche Staatssicherheits-Mitarbeiter, deren Arbeitsort ja nun nicht mehr existierte, wurden plötzlich Lehrer... an staatlichen Schulen, wo sie keiner kannte, aber zuverlässige Genossen auf sie warteten. Zu den Quereinsteigern gehörten auch Politoffiziere – ideologische Scharfmacher der DDR-Armee, die von der Bundeswehr nicht übernommen wurden...



Falls Sie nun meinen, das sei 30 Jahre später nicht mehr relevant, so irren Sie: Vor 10 Jahren hat an dieser Stelle hier der Bürgerrechtler und GRÜNEN-Politiker Werner Schulz die Bürgerrechtsrede gehalten. Seine Tochter ist Lehrerin an einer Ostberliner Schule und mußte jahrelang die Machtgebaren eines solchen Quer-einsteigers ertragen, eines ehemaligen NVA-Offiziers. Inzwischen hat er es zum Schulleiter an einem humanistischen Gymnasium gebracht und dieses mit seinen Erfahrungen in Drill und Subordination umgekrempelt. Die junge Lehrerin mußte miterleben, wie die meisten Kolleginnen und Kollegen sich schleichend an die neue Macht anpaßten – und jenen Untertanengeist zeigten, von dem schon ihre Eltern ausgiebig berichtet hatten. Inzwischen hat sie die Schule gewechselt. Zum Schluß:

**„Mein 11. Gebot:
Du sollst Dich erinnern!“**

Welche Geschichten erinnern wir, welche Menschen nach 40 Jahren Diktatur? An den Vater von Stephan Krawczyk denke ich derzeit oft – einen Bergmann aus Thüringen, der sich im Uran-Schacht die Staublunge geholt hatte und nun in der Mitte seines Lebens dahinsiechte – so, wie die meisten seiner Kumpel. Kein Mensch interessierte sich mehr für die Todkranken, erst recht kein sozialistischer Genosse. 1986 stürzte der Vater sich aus seiner Wohnung im 10. Stock in die Tiefe, kurz vor seinem 56. Geburtstag. Feuerwehrleute brachten Stephans Mutter – wegen des Edelmetalls – die Zähne des Toten hinauf, in ein Taschentuch gewickelt. Manchen hatte es schon vorher erwischt, bei dem einen oder anderen Unglück im Schacht – junge Männer, zer-

malmt von Geröll oder Ketten... worüber keine Zeitung berichtete.

Wenn die Machthaber und ihre Mitläufer etwas nicht interessierte, dann war es der Mensch. Ausschließlich dessen Arbeitskraft zählte, weil diese weiterhin Macht und Wohlstand garantierte. Deshalb denke ich auch ab und zu an den Theologen Matthias Vernaldi, der mit Muskelschwund im Rollstuhl saß, schon seit seiner Kindheit. Für Menschen wie ihn und andere Rollstuhlfahrer wurde keine einzige Schräge im Land gebaut – sie sollten gar nicht erst auftauchen im Straßenbild der DDR. Und während „vollwertige“ Arbeitskräfte verhaftet, gar erschossen wurden, sobald sie das Land Richtung Westen zu verlassen suchten, durften Behinderte jederzeit raus aus dem Land, am liebsten für immer. Denn sie brachten den Genossen ja kein Geld, sie kosteten. Matthias Vernaldi aber war ein Bürgerrechtler, ein Dissident: So rollte er zwar in Abständen über nach West-Berlin, kehrte aber stets von dort zurück – unter seinem kleinen, schiefen Körper schmuggelte er verbotene Schriften und Bücher herein.

Der Tod meines Bruders fällt mir ein, der ein DDR-Opfer war – dazu jene Staatsanwältin, die wohl das Leben vieler Menschen zerstört hat... und die 1993 in einem Dresdner Zeitungsinterview behauptete, die DDR sei ein menschlicher Staat gewesen – bis dann die Westler kamen und alles platt machten... Sind wir inzwischen wieder auf diesem Niveau?

Doch es gibt auch gute Geschichten; in totalitären Systemen sind sie meist an irgendeinen Widerstand gekoppelt, oft an einen unauffälligen: Als ich 1988 verhaftet wurde, gingen die Kollegen meiner

Mutter, einer Ingenieurökonomin, besonders warmherzig mit ihr um. An keiner Bürgerrechtsdemo haben sich diese Kollegen im Herbst 89 beteiligt – und doch waren und sind es gute, hilfsbereite Menschen. Sie sind Teil jener bürgerlichen Mitte, die nur selten in den Focus der Öffentlichkeit gerät.

Eine letzte Erinnerung gehört noch nach Leipzig: Denn hier habe ich ja in den frühen 70er Jahren Schauspiel studiert. Und da widerfuhr mir etwas, das es eigentlich gar nicht gab in der DDR: Dank der Theaterhochschule und ihrer legendären Dozentin Dr. Käthe Seelig durfte ich nach einem Fluchtversuch aufgrund des Unrechts an meinem Bruder, wofür nun auch ich ins Gefängnis kam, mein Schauspielstudium noch einmal beginnen. Wieso war das möglich, werde ich noch heute von DDR-Kennern gefragt, denn nach einem Gefängnisarrest mit politischem Hintergrund hast du keinen Studienplatz mehr gesehen. Frau Käthe Seelig aber fuhr nach Dresden zu meiner Mutter und Großmutter und wollte den Grund für meinen Fluchtversuch erkunden. Danach durfte ich mein Studium noch einmal beginnen. (Hier füge ich hinzu, daß Theater in der DDR eine tolle und ziemlich widerständige Erfahrung war. Die Ausbildung war erstklassig. Wer aber hatte schon das Glück, in einem Theater zu arbeiten?)

Nun: Vor wenigen Jahren legte eine Hamburger Freundin einem Brief an mich einen aktuellen Zeitungsartikel aus dem berühmten Neuen Deutschland bei, dessen Überschrift lautete: „Die älteste Leserin des Neuen Deutschland, die 100jährige Brandenburgerin Dr. Käthe Seelig!“ Daneben hatte meine Freundin geschrieben: „Die Blöden sterben nicht aus...“

Ich schrieb zurück und verteidigte nun heftig meine Retterin, die – völlig gegen den Strom ihrer Partei – damals sehr menschlich und glaubwürdig gehandelt hatte. Nun gerieten wir bis zu ihrem Tod mit 103 Jahren in einen schwächer werdenden, doch überaus herzlichen Briefwechsel. Ja, selbst in der DDR hatte ich einen Engel über mir. Warum der aber lebenslanglich das Neue Deutschland lesen mußte? Gottes Wege sind eben unergründlich.

(Am 9. Oktober 2019 überreichte der Sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer Freya Klier in Leipzig die erste Medaille „Sachsen – Land der Friedlichen Revolution. 30 Jahre Mauerfall 2019/30 Jahre Deutsche Einheit 2020“. Die Medaille ist aus Meißner Porzellan.)

Der Treuhand-Komplex

Kapitalistisches Monster, Zombie der Wiedervereinigung, erinnerungskulturelle Bad Bank: Negative Zuschreibungen prägen in Medien und Literatur das Bild der Treuhandanstalt, die 1990 zur Privatisierung der „volkseigenen“ DDR-Unternehmen gegründet wurde. Der Treuhand wird angelastet, daß damals zweiein-

halb Millionen Menschen ihre Arbeitsplätze verloren, daß Biographien brüchig und Lebensentwürfe zerstört wurden. Auch 30 Jahre nach dem Mauerfall ist die Treuhand noch immer das Feindbild für viele Ostdeutsche, neuerdings auch Erklärungsmuster für das Auftreten von Rechtspopulisten und Rechtsextremisten. Aber die gefühlten Wahrheiten und Legenden überwuchern oft die historischen Tatsachen. Bis jetzt: Der langjährige Spiegel-Redakteur Norbert F. Pötzl durchdringt rational das Dickicht komplexer Vorgänge. Als einer der ersten hat er Einsicht genommen in die internen Treuhand-Akten, die jetzt nach und nach ins Bundesarchiv übernommen werden. Pötzls Buch ist das erste, das dem Anspruch gerecht wird, dieses vielschichtige Thema anhand der Faktenlage umfassend aufzuarbeiten.



Norbert F. Pötzl: Der Treuhand-Komplex. Legenden. Fakten. Emotionen. kursbuch edition 2019, 200 S., 22,- €

Ein Denkmal für nur wenige Stunden

Der Leserbrief von Sybille Krägel im „Stacheldraht“ 6/2019 hat mich an ein polnisches Denkmal für unschuldige Kriegsoffer erinnert, das nur wenige Stunden Bestand hatte.

In der Nacht zum 13. Oktober 2013 wurde heimlich eine fast 500 kg schwere Beton-Skulptur in der Danziger Siegesallee (Aleja Zwycięzcow) errichtet, unmittelbar neben dem Denkmal (mit T34-Panzer) für die siegreiche Sowjetarmee.

Die Aktion initiierte der 26jährige Jerzy Bohdan Szumczyk aus Heilsberg (Lidzbark Warmiński), Student an der Gdanskener Akademie der Schönen Künste, gemeinsam mit Helfern.

Die Skulptur „Komm Frau“ zeigt einen knienden Rotarmisten mit heruntergelassener Hose zwischen den Beinen einer schwangeren Frau. Er zieht mit seiner linken Hand die Frau an den Haaren und schiebt ihr mit der rechten Hand eine Pistole in den Mund.

Die Empörung einer jüngeren Frau über die kaum erträgliche Szenerie löste bereits morgens einen Polizeieinsatz zur sofortigen Entfernung der Skulptur mittels Kran und LKW aus.

Szumczyk sagte zu seiner Nacht-und-Nebel-Aktion: „Die Skulptur zeigt rohe Gewalt, ohne jedes Verschweigen, ohne jedes Ausweichen.“

Ich mußte sie einfach machen. Als ich die Figuren angefertigt habe, mußte ich oft weinen. Ich habe regelrecht Angst vor der Skulptur. Andere können vielleicht nicht darüber sprechen, aber ich kann das Thema nicht verschweigen. Das freut mich nicht, im Gegenteil, mich quält es ... Ich hatte das Gefühl, daß ich das Thema der Vergewaltigungswelle, die durch Danzig ging, loswerden mußte ... Ich wollte laut die historische Wahrheit sagen. Ich spreche vom verschwiegenen Teil der Geschichte. Über unschuldige Menschen, Frauen, die durch den Krieg gelitten haben. Dies ist das Thema meiner Arbeit ... Unter den Mengen von Denkmälern gibt es keine Denkmäler für diese Opfer.“

Die Aktion führte zu einer großen öffentlichen Debatte.

Alexander Aleksejew, der russische Botschafter in Warschau, rief am 16. Okto-

ber die polnische Regierung zur „angemessenen Reaktion“ auf. Das „Pseudo-Kunstwerk“ verletze die Ehre der 600 000 Sowjetsoldaten, die für die Befreiung und Unabhängigkeit Polens starben.

Andrzej Halicki von der Regierungspartei „Platforma Obywatelska“ (Bürgerplattform) widersprach: „Ich bin nicht ganz damit einverstanden, daß die Rote Armee die Freiheit für Polen brachte.“

Gerhard Olter (Bund der Deutschen Minderheit): „Die Skulptur widerte mich an. Das in dieser Form darzustellen ist heute, 70 Jahre nach dem Krieg, unangebracht.“

Der Journalist Marek Gorlikowski kommentierte in der „Gazeta Wyborcza“, daß ein angemessenes Mahnmal für die Opfer sexueller Gewalt und anderer Opfer der Zivilbevölkerung noch errichtet werden müsse. Nächtliche Happenings seien aber der falsche Weg.

In nämlicher Zeitung schrieb Dorota Karas, daß nach Schätzung der Danziger Stadtverwaltung bis zu 40 Prozent der Frauen in dieser Stadt vergewaltigt wurden.

Maria Furtwängler, die im ARD-Zweiteler „Die Flucht“ eine Hauptrolle spielte: „Was diese Frauen durchleben mußten, übersteigt jede Vorstellungskraft.“

Die Schätzungen der im Winter 1945 von Rotarmisten geschändeten und teils getöteten Frauen und Mädchen reichen bis zu zwei Millionen, darunter mehr als 100 000 Polinnen und Kaschubinnen. Vergewaltigt wurde sogar in Krankenhäusern, Kirchen und auf Friedhöfen.

In seinem Essay „Russenzeit“ erinnerte sich Detlev Putzar (s. Ausg. 9/2018, Seite 16) an die Schreckenszeit als 15jähriger in Mecklenburg: „Im Nachbarhaus schrie immer wieder das junge, blonde, 19jährige Mädchen. Zum wiederholten Male

drangen Rotarmisten ins Haus, zertritten sie aus einem Versteck und fielen über sie her, immer wieder. Niemand konnte ihr helfen, ohne sein Leben zu riskieren. Es kam wirklich vor, daß in Malchow Mütter erschossen wurden, die ihre minderjährigen Töchter schützen wollten.

Das Mädchen im Nachbarhaus erinnerte mich an die etwa gleichaltrige Anneliese Jupe aus unserem Haus in der Mittelheide in Köpenick. Was ich zu dieser Zeit noch nicht wissen konnte war, daß Annelieses Schicksal noch schlimmer als das unserer Malchower Nachbarin war.



Skulptur von Jerzy Bohdan Szumczyk.

Quelle: Reinhard Klaus

Die sowjetischen Helden standen buchstäblich an, um sie nacheinander zu mißbrauchen, über siebzig Mal. Sie wäre fast verblutet.

Wie muß man seelisch konstruiert sein – trotz dicksten Alkoholnebels – einem bewußtlosen, stark blutenden weiblichen Menschen mit Lust geschlechtlich beizuwohnen? Diesem tierischen Treiben ein Ende setzen zu wollen drängte sich nicht nur mir auf. Ich empfand eine tiefe Scham und eine unverzeihliche Schuld, aus Feigheit und aus Angst umgebracht zu werden, nichts dagegen zu unternehmen.“

Die Danziger Staatsanwaltschaft ließ eine anfängliche Klage gegen Jerzy Szumczyk wegen „Aufruf zu rassistischem oder nationalem Haß“ fallen.

Der Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit blieb.

Reinhard Klaus

Nicht nur eine Wirklichkeit

XXIII. Theodor-Litt-Symposium

Bilanz ziehen, heißt Rückschau halten auf Erreichtes, auf Erfolge, aber auch auf Zukünftiges, noch nicht Bestimmtes. Die Theodor-Litt-Gesellschaft wagte diesen Schritt anlässlich ihres 23. Symposiums „Bildung in Demokratie und Diktatur – Bilanz und Perspektive 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution“ am 26. und 27. September 2019. Wie hat sich die Erwachsenenbildung entwickelt und vor allem, wie sind wir seit der Friedlichen Revolution mit der politischen Bildungsarbeit vorangekommen. Wie gehen wir mit Defiziten um? Zu diesen Defiziten gehört auch mangelndes Wissen über die SBZ/DDR-Geschichte, über den frühen Widerstand nach 1945.

Der Philosoph und Pädagoge Theodor Litt (1880-1962) hat diese Grundanliegen einer demokratischen Ordnung über Jahrzehnte bearbeitet und verfolgt. Die Volkshochschulbewegung in der Weimarer Republik war ihm ebenso vertraut, wie die staatlich geförderte politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Heute ist uns die Bundeszentrale für politische Bildung meist ebenso bekannt wie die entsprechenden Landeszentralen. Das

sind Kristallisationspunkte, die sowohl auf Schüler, Studenten, Lehrer wie auch auf sonstige Bevölkerungskreise ausstrahlen. In ihren Schriftenreihen spiegelt sich das wider. Die Themenvielfalt ist groß und behandelt historische und gegenwärtige Probleme.

Nach Leipzig waren zahlreiche Vertreter politischer Bildungsarbeit gekommen, so das Bildungswerk Sachsen der Deutschen Gesellschaft e.V. oder die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung. Alle zentralen Leipziger Bildungseinrichtungen wa-

ren vertreten, als Veranstalter die Theodor-Litt-Gesellschaft gemeinsam mit dem Zeitgeschichtlichen Forum. Beide waren durch ihre führenden Vertreter, Dr. Peter Gutjahr-Löser, Prof. Dr. Dr. Dieter Schulz und Dr. Jürgen Reiche dabei.

Am ersten Tag stand die DDR-Geschichte in all ihren diktatorischen Varianten im Mittelpunkt. Prof. Peter Steinbach, Leiter der Forschungsstelle „Widerstandsgeschichte der Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ in Berlin, sprach über das „Le-
gat zweier Diktaturen für die schulische

Bildung im vereinigten Deutschland“. In freier Rede präsentierte Steinbach Fakten aus der neueren Geschichte, die er als „Diskussionswissenschaft“ in unterschiedlichen Erinnerungen verstand. Auf das gedruckte Manuskript darf man gespannt sein.

Der Politikwissenschaftler Prof. Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für Angewandte Politikforschung (C.A.P.) in München, sprach über die „DDR-Geschichte im öffentlichen und kulturellen Gedächtnis – ein Beitrag zur Erinnerungskultur“. Er verwies auf die vielfältigen Wahrnehmungen des komplexen Systems DDR. Es gebe nicht nur eine Wirklichkeit.

Zum Umgang mit der Demokratie- und Diktaturerfahrung sprach die Bürgerrechtlerin Freya Klier. Gleichzeitig stellte sie ihr neues Buch vor: „Und wo warst Du? 30 Jahre Mauerfall“.

Der zweite Tag stand ganz im Zeichen der praktikablen politischen Bildung und ihrer Zukunft. Kein leichtes Unterfangen, wie die lebhafteste Diskussion bewies.

Am ersten Tag war die Raumkapazität mit über 100 Teilnehmern, darunter 65 Schülerinnen und Schülern, nahezu erschöpft. Am zweiten Tag gehörten zum Publikum vor allem Lehrer und Studenten.

Als Gesamteindruck blieb, die politische Bildung ist ein wichtiger Indikator für unser politisches Handeln. Sie ist notwendig als Lehrfach, damit die Polarisation unserer Gesellschaft auf demokratischem Weg überwunden wird.

Gerald Wiemers



Titelseite des Programms.

Erinnern an Edeltraud Eckert

Die UOKG-Veranstaltung „Edeltraud Eckert – Dichterin und politische Gefangene. Wege der Begegnung“ stellte am 9. Oktober 2019 in Kooperation mit der BStU in der ehemaligen Stasi-Zentrale (Campus für Demokratie) in Berlin ein Projekt von Schülern des von Saldern-Gymnasiums Brandenburg/Havel vor. Sie hatten im Zusammenwirken mit der Museumspädagogin Gudrun Bauer und dem Wiener Filmemacher Roland Zumbühl Angehörige und Haftkameradinnen von Edeltraud Eckert aufgesucht und interviewt. Das Resultat des Projekts, der Dokumentarfilm „F – wie Freiheit“, wurde im Rahmen der Veranstaltung präsentiert.

In einem Impulsvortrag berichtete zunächst die Schriftstellerin und Germa-

nistin Prof. Ines Geipel über Leben und Werk von Edeltraud Eckert. Gespeist aus der Empörung über die Existenz sowjetischer Speziallager, engagierte sich Edeltraud Eckert in einer Widerstandsgruppe und wurde 1950 wegen des Verteilens von Flugblättern verhaftet. Ein Sowjetisches Militärtribunal verurteilte sie zu einer Haftstrafe von 25 Jahren.

Nach Inhaftierungen in den Gefängnissen Bautzen und Waldheim verlegte man Edeltraud Eckert in das Frauenzuchthaus Hoheneck. Dort mußte sie als Mechanikerin in der Schneiderei arbeiten. Dabei ereignete sich ein Unfall, sie erlitt eine schwere Kopfverletzung, die Wunde entzündete sich und Wundstarrkrampf trat ein. Nachdem man sie in das Haftkran-

kenhaus Leipzig-Meusdorf überführt hatte, verstarb Edeltraud Eckert schließlich am 18. April 1955 im Alter von nur 25 Jahren. Ihre Urne wurde an einem geheim gehaltenen Ort in einem Massengrab beigesetzt.

Im Gefängnis Waldheim war Edeltraud Eckert wegen guter Normerfüllung bei der Haftzwangsarbeit von Juli 1953 bis März 1954 erlaubt worden, ein Schreibheft zu führen. Darin finden sich Gedichte, in denen sie die inhumanen Haftumstände reflektierte, aber auch ihren starken Überlebenswillen und Freiheitswunsch ausdrückte. Von ihrer vielseitigen Begabung zeugen einige Kompositionen, die ebenfalls enthalten sind. Nach ihrem Tod schickte man das Heft zusammen mit der

Kleidung, die Edeltraud Eckert bei ihrer Verhaftung getragen hatte, an die Eltern.

Prof. Ines Geipel erzählte, die Schwester von Edeltraud Eckert habe sich bei ihr gemeldet und ihr das Heft übergeben, nachdem sie das „Archiv unterdrückter Literatur in der DDR“ in einer Sendung des Deutschlandfunks vorgestellt hatte. Die Gedichte Edeltraud Eckerts und Briefe aus der Haft konnten so 2005 unter dem Titel „Jahr ohne Frühling“ in der von Prof. Ines Geipel und Joachim Walther herausgegebenen Reihe „Die Verschwiegene Bibliothek“ veröffentlicht werden.

Die verschiedenen Facetten und die Fragilität im Umgang mit den Extrembelastungen der Haft lassen sich an Äußerungen ablesen, die Prof. Ines Geipel wiedergab: Eine Mitgefangene erinnerte sich, man habe wie in einer ewigen Dämmerung gelebt, mit dem Gefühl, am Rande eines brodelnden Vulkans zu sein, nahe am endgültigen Aufgeben. Eine Freundin war in der Haft voller Sorge, denn Edeltraud Eckert sei ein impul-



Edeltraud Eckert.

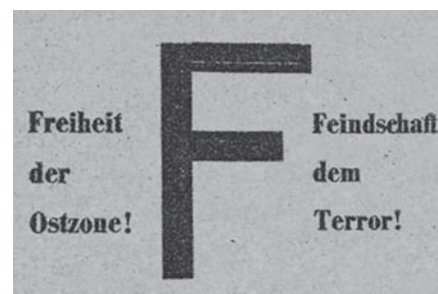
siver, schwankender und oft depressiver Mensch gewesen, ohne Hoffnung, das Gefängnis je wieder zu verlassen.

Dagegen stellte eine andere Mitgefangene in den Mittelpunkt, daß Edeltraud Eckert den anderen ein Vorbild gewesen sei und ihnen Kraft durch das Vortragen ihrer Gedichte gab. Ihre eigene Gefühlslage in der Haft beschrieb Edeltraud Eckert mit den Worten: „Man lernt an kleinen Dingen Freude zu finden“, es sei aber „zermürend, mit den immer gleichen Leuten zusammen zu sein“. Sie habe den tiefen Wunsch nach Einsamkeit.

In der von Uta Gerlant, Leiterin der Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße, im Anschluß an die Filmvorführung moderierten Podiumsdiskussion wies der ehemalige Schulleiter des von Saldern-Gymnasiums Brandenburg/Havel, Hanswalter Werner, darauf hin, er habe erst von einem Schüler erfahren, daß Edeltraud Eckert einst diese Schule besuchte. Er nahm daraufhin Kontakt zu Gudrun Bauer,

Museumspädagogin des Brandenburger Stadtmuseums, auf, und sie initiierte das Schülerprojekt, in dessen Ergebnis der Film „F – wie Freiheit“ entstand.

Gudrun Bauer erläuterte, die Schüler hätten sich durch das Buch „Jahr ohne Frühling“ für die Gedichte von Edeltraud Eckert begeistert und ihr Projekt gegen alle Widerstände verteidigt. Das Projekt umschloß auch Besuche der Schüler in Waldheim, in Hoheneck, im Archiv unterdrückter Literatur in der DDR sowie bei der Schwester von Edeltraud Eckert. Für den Film wurden die Gedichte von einer Schülerin gesprochen und im Tonstudio aufgenommen. Man müsse, betonte Frau Bauer, dem Regisseur Roland Zumbühl dankbar sein, daß er den Schülern bei der Gestaltung des Films viel Freiraum gelassen habe.



Auf die Frage von Prof. Ines Geipel, ob mittlerweile eine Straße in Brandenburg/Havel nach Edeltraud Eckert benannt sei, antwortete Hanswalter Werner, man werde einen entsprechenden Vorschlag in die Stadtverordnetenversammlung einbringen.

Angeregt wurde außerdem eine Veranstaltung über Edeltraud Eckert in Rathenow, denn dies ist die Stadt, in der die Flugblattaktion stattfand, die zur ihrer Verhaftung führte.

Carola Schulze



Ines Geipel während der Veranstaltung.

(Leider) Satire

Origineller Protest

Bericht der Leipziger Volks-Zeitung (LWZ) über den Auftritt Gregor Gysis in der Peterskirche zu Leipzig am 9. Oktober 2019

Von unserem Volks-Korrespondenten Walter U., Leipzig

Wer gemeint hatte, die Bürgerrechtler der DDR beließen es hinsichtlich der Rede des Parteichefs der SED, PDS und wie die Partei der kommunistischen Diktatoren auch immer mal geheißsen haben mag, altersgemäß bei einem zahnlosen politischen Protest in Form eines unterschriebenen Briefes, der wurde angenehm überrascht. Die Bürgerrechtler zeigten die Zähne –

wenn die auch überwiegend durch Zahlungen bei der örtlichen Krankenkasse erworben waren. Ja, man muß sagen: Die Kreativität des Protestes überstieg den von 1989 deutlich. Vielleicht hat auch eine Agentur geholfen. Man munkelt, verantwortlich zeichnete das „Büro für unversöhnliche Maßnahmen“. Schleichwerbung ist in diesem Fall erlaubt. Jeden-

falls war der Protest gegen den Auftritt des Politclowns Gysi ein eigenes Event. Respekt den alten Damen und Herren der Bürgerrechtlergilde aus der Sowjet-Zone!

In der Nacht vor Gysis Auftritt hatten die Aktivisten übergroße rote Fußstapfen auf das Straßenpflaster gemalt, die in die Kirche führten. Dazwischen immer wieder die Schriftzüge „Der Weg der Diktatur“. Allein diese Komponente mußte auf manchen Besucher schon beschämend wirken. Damit der Besuch endgültig zum Bekenntnis würde, erstrahlte über dem Eingang der Peterskirche pünktlich zum Einlaß eine Projektion des SED-Partei-Abzeichens.

Als absoluter Coup kann gelten, daß es den Aktivisten offenbar gelungen war, »»

aufklärende Seiten in den Programmzetteln zu plazieren. So fiel den Lesern als erstes ein Foto von Gysi ins Auge, auf dem er als Amateur-Revolutionär im Hintergrund einer Protestversammlung erzürnter SED-Genossen posierte. Er kam sich damals schon wichtig vor; das sieht man. Bewegt hat er eigentlich nur das SED-Vermögen – und zwar ins Ausland. Umrahmt war das Foto mit Zitaten aus dem Gysi-Untersuchungsbericht des Bundestages, in dem er als faktischer Mitarbeiter der Staatssicherheit bezeichnet wurde. Aufklärung also von höchster demokratischer Stelle. Ein gelungener Streich. Der Berichtersteller will beobach-

tet haben, daß mancher Konzertbesucher während Gysis Rede lieber den aufklärenden Zettel las.

Gut gemeint, aber technisch weniger gelungen war die Idee der Protestler, während der Rede Gysis durch eines der Fenster einen Roten Stern auf dem Altarkreuz zu plazieren. Das Glas des Kirchenfensters brach das Licht in vielfältiger Weise, so daß Dornenkrone, Heiliger Geist und Gemächt des Heiligen abwechselnd rot aufleuchteten, was immerhin an einigen Stellen für Heiterkeit sorgte. Daß einige Betroffene dann am Ausgang dem schon etwas genervten

Redner auf Plakaten Mandantenverrat vorwarfen, wird möglicherweise den vorwiegend im eigenen Interesse tätigen Anwalt wieder reaktivieren. Insgesamt ein kreativer Protest, nicht verbissen, nicht bössartig, aber gelungen in der Sache.

Gysi ist kalt genug, Proteste einfach auszuhalten oder sie sogar für seine eigene Popularität zu nutzen. Er hätte nicht verhindert werden können. Das Volk liebt halt Clowns, auch wenn die Vorstellung teuer wird.

Christian Sachse

Es ging immer um Devisen

(st) Am 2. und 3. November versammelten sich Vertreter von Verbänden und Initiativen zum zweiten UOKG-Verbandetreffen 2019 in Berlin. Das Thema war diesmal die „Ausbeutung politischer Häftlinge in volkseigenen Betrieben der DDR – welche Verantwortung hatte die Treuhandanstalt bzw. der deutsche Staat“.

Nach der Begrüßung durch Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), ergriff Roland Jahn, BStU, das Wort. Er erklärte, weshalb Veränderungen bei seiner Behörde notwendig seien. Es gehe um archivgerechte Lagerung, Digitalisierung zur Bestandserhaltung, Nutzung für die Zukunft und Bündelung der Kräfte. Auf dem Gelände der ehemaligen MfS-Zentrale solle ein „Archivzentrum zur SED-Diktatur“ entstehen, um dort auch z.B. Haftakten und die Dokumente der DDR-Parteien und –Massenorganisationen zu lagern. Wichtig sei eine sichtbare Eigenständig-

keit des Stasi-Unterlagen-Archivs. Das gleiche gelte auch für die Außenstellen. „Es werden keine Außenstellen geschlossen.“ Die Außenstellen sollten „eingebettet in die Gedenkstättenlandschaft“ werden, und die Rekonstruktion der zerstörten Akten gehe weiter. Außerdem solle das Amt des BStU weiterentwickelt werden zu einem Opferbeauftragten. An Jahns Darlegungen schloß sich eine lebhafte Diskussion an.

Steffen Alisch, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Menschenrechtszentrum Cottbus, hielt anschließend einen Impulsvortrag zur Haftzwangsarbeit in der DDR. Er erläuterte, daß Strafhäft und entsprechend auch Haftarbeit in erster Linie der „Erziehung“ der Strafgefangenen dienen sollte – und der Ökonomie. Politische Häftlinge erhielten stets die schlechtesten Arbeitsplätze. Die Betriebe hätten Gefangene angefordert, doch entschieden wurde in den Ministerien. Alisch nannte dann beispielhaft die Arbeit für das Kombinat

Pentacon im Zuchthaus Cottbus von den 60er Jahren bis 1989. Von der Arbeit für Westbetriebe hätten die entlassenen Gefangenen berichtet, und auch die Betriebe hätten dies gewußt. Es ging immer um Devisen, allerdings sei die „Bilanz zwischen Unterbringung und Einnahmen nie ausgeglichen“ gewesen. Er glaube nicht, daß man Menschen aus ökonomischen Gründen inhaftiert habe. Staatliche Versäumnisse sieht Alisch z.B. bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, die nach 1990 nicht anerkannt wurden. Hier sei eine Beweislastumkehr angeraten.

Die 1984 inhaftierte Elke Schlegel und die 1980 inhaftierte Christina Krahner berichteten als nächstes anschaulich über ihre Haftzwangsarbeit für „Esda Planet“ bei der Strumpfhosenherstellung. Trotz gefährlicher Arbeitssituationen habe es keinerlei Arbeits- und Gesundheitsschutz gegeben. Hans-Günther Rinkleib, der für das Braunkohlekombinat Geiseltal arbeiten mußte, war im Gleisbau beschäftigt und hatte keine negativen Erinnerungen an diese Zeit. Er schlug vor, pauschal für Haftzwangsarbeit einen Rentenpunkt zu vergeben.

Außerdem wurde der 2013 gedrehte Film „Westware aus dem Ostknast“ von Anne Worst gezeigt. Er behandelt das kontrovers diskutierte Thema „Zwangsarbeit“ in der DDR und lebt von den unterschiedlichen Emotionen, den Geschichten der Betroffenen und dem Für und Wider in der politischen Diskussion. Was haben westdeutsche Unternehmer gewußt, was hätten sie wissen und tun können, um das Schicksal der politischen Gefangenen zu verbessern?

Die Mitgliederversammlung der UOKG begann mit einem Arbeitsbericht des



Dieter Dombrowski begrüßt die Anwesenden.

Vorstands für die Amtsperiode November 2017 bis November 2019. Die UOKG war beteiligt am Zustandekommen des Positionspapiers der CDU vom März 2019, dem Antrag der CDU/CSU und SPD, der am 4. Juni im Bundestag beraten wurde, und der Novellierung der Rehabilitierungsgesetze, die am 24. Oktober im Bundestag beschlossen wurde. Sie setzte sich für Härtefallfonds in den neuen Ländern ein. In Sachsen wurde ein solcher im März 2019 eingerichtet, in Berlin soll er im nächsten Jahr eingeführt werden, ebenso wie ein erweiterter Zugang zum berlinpass/Sozialticket. Damit sind nur die besonders weitreichenden Punkte benannt. Die UOKG trieb außerdem wissenschaftliche Projekte voran, richtete eigene Veranstaltungen aus und führte intensiv über zwei Jahre zahlreiche Gespräche mit Politikern auf Arbeitsebene.

Schließlich wurde Dr. Christian Fuchs, der bisherige Vorstandsbeauftragte, herzlich in den Ruhestand verabschiedet. Ab 2020 wird er der UOKG jedoch noch als Regionalbeauftragter für NRW zur Verfügung stehen.

Danach wurde der UOKG-Vorstand neu gewählt. Dieter Dombrowski erhielt für eine dritte Amtszeit als Vorsitzender knapp 80 Prozent der Stimmen. Die beiden Stellvertretenden Vorsitzenden Roland Lange und Carla Ottmann wurden im Amt bestätigt, ebenso wie die vier Beisitzer Inge Bennewitz, Konstanze Helber, Sybille Krägel und Ernst-O. Schönemann. Als Mitglieder der Schlichtungskommis-



Fotos: Martina Kegel

Elke Schlegel (2.v.r.) demonstriert Arbeitsschritte bei der Herstellung von Strumpfhosen. Daneben Christina Krahner (2.v.l.), Hans-Günther Rinkleib (r.) und Christian Sachse (l.).

sion wurden Benjamin Baumgart, Katrin Behr und Sibylle Dreher gewählt.

Das „Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR-Diktatur“ wurde als neuer Verband in die UOKG aufgenommen.

Angenommen wurde der Antrag der Cottbusser Häftlingsgemeinschaft, in der UOKG solle überlegt werden, wie durch Fundraising, Sponsoren und Projektanträge die laufenden Kosten der aktuellen UOKG-Wanderausstellung getragen werden können. Der Mitgliederversammlung solle Ende 2020 darüber berichtet werden.

Darüber hinaus wurden drei Resolutionen beschlossen:

1. Die UOKG fordert die Abgeordneten von Brandenburg/Havel auf, eine Straße nach der politischen Gefangenen

und Dichterin Edeltraud Eckert zu benennen.

2. Die Opfer der kommunistischen Repression sollen beim Besuch ehemaliger Stätten des SED-Unrechts freien Eintritt erhalten.

3. Die Mitgliedsverbände der UOKG fordern 30 Jahre nach dem Zusammenbruch der SED-Diktatur von der Partei Die Linke, sich zu ihrer Verantwortung zu bekennen. Sie soll, neben der Aufklärung der Verbrechen und Bestrafung der Schuldigen, einen namhaften materiellen Beitrag zur Wiedergutmachung an den SED-Opfern aus eigenen Mitteln bereitzustellen. Bund und Länder sollen die PMO-Mittel auch für die Wiedergutmachung an SED-Opfern einsetzen.

Das nächste UOKG-Verbandetreffen ist für den 21./22. März 2020 geplant. 🚗

Bilanz eines Wunders



Foto: idea

Die evangelische Nachrichtenagentur idea hatte nach Schwäbisch Gmünd zum Kongreß 30 Jahre Friedliche Revolution geladen. Themen in verschiedenen Veranstaltungsböcken und 300 Teilnehmer waren der Rahmen für eine gelungene Tagung. Dieter Dombrowski (2.v.l.), Matthias Storck (r.) und Oberlandeskirchenrat i.R. Harald Bretschneider (l.) sprachen über ihre Erfahrungen und politische Haft in der DDR, moderiert von Helmut Matthies. Einigkeit herrschte auch über die Frage, ob die DDR ein Unrechtsstaat war. Natürlich war sie das!

Ein Ende mit Schrecken

75 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg – Gedenkfeier in Tost

An der Oder wurde die Rote Armee auf ihrem Vormarsch noch einige Wochen – bis März/April – abgewehrt, bevor sie dann Berlin und Mitteldeutschland bis an die Elbe besetzte. Der befohlene „Endsieg“ kostete weit über 50 000 Soldatenleben bei Halbe und den Seelower Höhen, sinnlos starben auch noch Männer des Volkssturms sowie sehr junge Menschen. Hitlers Befehl lautete: Durchhalten bis zum Endsieg. Der wurde bekanntlich fürchterlich.

In Oberschlesien marschierte bereits ab 20. Januar die „1. Ukrainiskij Front“ unter Marschall Ivan Konjev ein. Tost, bislang

von Kriegseinwirkungen relativ verschont geblieben, bekam nun die über Jahre angesammelte Frustration der Sowjet-Truppen ab. Abgesehen von einigen Verwüstungen wurden in den besetzten Gebieten östlich der Oder/Neiße Tausende Zivilisten verhaftet und u.a. sofort nach Sibirien abtransportiert. Der Großvater der Vorsitzenden des Deutschen Freundschaftskreises Tost e.V., Dorothea Matheja, durfte noch nicht einmal einen Mantel mitnehmen, bevor er nach Kasachstan deportiert wurde, im Januar. Er kam nicht wieder. Marschall Konjev nahm später an den Kämpfen und der Eroberung von Berlin teil.

Ein damals 15-Jähriger, der in Gleiwitz verhaftet in einem „Kellerloch“ landete, berichtete mir von üblen Folterungen. Im Mai 1945 wurde er mit etwa 1000 schlesischen Haftkollegen nach Tost verlagert, wo zwischenzeitlich die sogenannte Irrenanstalt in ein NKWD-Lager umgewandelt wurde. Dazu kamen drei Viehwaggontransporte mit 3700 Häftlingen aus dem Zuchthaus Bautzen, darunter Jugendliche. Mein Vater aus Hainichen/Sachsen war dabei. 3000 kamen in wenigen Monaten elendig um.

Der Deutsche Freundschaftskreis Tost e.V. will am 22. und 23. Mai 2020 an diese Zeit mit einer Feierlichkeit erinnern, angedacht ist bislang:

22.5.20 – abends eine Trauerandacht in der Barbarakapelle, anschließend ein Konzert

23.5.20 – Besuch an unserer Gedenkstätte sowie an weiteren Gedenkplätzen für die Opfer aus Tost und Umgebung, des Museum der in die Sowjetunion Deportierten, Besuch der Gedenkstätte Lager Zgoda, abends Abschluszeremonie in Tost mit der deutschen Konsulin

24.5.20 Extra – Besuch in Auschwitz-Birkenau für uns aus Deutschland, Rückfahrt nach Dresden. Janusz Marszałek, der frühere Bürgermeister von Auschwitz, hat sich bereit erklärt, uns durch Auschwitz-Birkenau zu führen.

Derzeit plane ich eine Busreise ab/bis Dresden mit zwei Übernachtungen in Polen. Eine endgültige Kalkulation kann ich zur Zeit nicht erstellen, weil einige Details noch fehlen. Bus und zwei Übernachtungen im Doppelzimmer könnten etwa 100,00 Euro pro Person kosten. Ich bitte um zunächst unverbindliche Anmeldung.

Derweil wünsche ich allen ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr – auf polnisch: *Wesołych świąt i szczęśliwego nowego roku!*

Sybille Krägel

Anmeldung bei: Sybille Krägel, I.G. NKWD-Lager Tost, Krefelder Weg 14, 22419 Hamburg, Telefon (040) 53 32 05 99, Mail kraegel@uokg.de



Sybille Krägel im Mai dieses Jahres mit Janusz Marszałek (r.) und Dr. Jens Baumann vom Sächsischen Staatsministerium des Innern in Tost.

Projekt Politisch motivierte Kindestrennung während der politischen Haft im ehemaligen Zuchthaus Cottbus 1949–1989

Seit zwölf Jahren beschäftige ich mich mit der Aufarbeitung von politisch motivierten Kindestrennungen, -wegnahmen bis hin zu Zwangsadoptionen. In diesem Projekt wollen wir uns ausschließlich auf die Durchführung und Folgen der Kindestrennung konzentrieren, die kurz vor, während und nach der Haft von Vätern im Zuchthaus Cottbus stattfand – möglicherweise bis hin zu einer endgültigen Trennung durch eine gegen den Willen des Vaters erfolgte Zwangsadoption.

In der Öffentlichkeit ist zwar bekannt, daß die Trennung – auf Grund der Inhaftierung eines Elternteils – zu traumatischen

Erlebnissen führen konnte und die Spätfolgen bis heute auftreten. Bisher gibt es jedoch keine Untersuchungen in Bezug auf politisch inhaftierte Väter im ehemaligen Zuchthaus Cottbus und die Auswirkungen von Kindesentzug a) für sie selbst und b) für ihre Kinder.

Die bisher vergessene Opfergruppe – die Nachkommen politisch Verfolgter – müssen als Opfer von DDR-Unrecht anerkannt und eine daraus resultierende Rehabilitation ermöglicht werden. Kinder von politisch Inhaftierten waren zwar selbst nicht inhaftiert, dennoch litten sie unter der Willkür und den staatlich angeordneten

Eingriffen der DDR-Diktatur. Aufgrund der Inhaftierung eines oder beider Elternteile konnten die Kinder günstigstenfalls bei anderen Familienangehörigen bleiben oder sie kamen in ein Heim, bis hin zur staatlich angeordneten Zwangsadoption. Eine umfangreiche Aufarbeitung ist bis heute nicht geschehen. Daher interessiert es uns einerseits, wie die Väter die Repressionen gegen sich selbst und ihre Familie wahrgenommen haben, und andererseits möchten wir erfahren, wie die Kinder die Inhaftierung des Vaters bewältigt haben. Aus diesem Grund haben wir zwei unterschiedliche Fragebögen entwickelt: einen nur für den Vater und einen nur für das Kind. Die Fragebögen können anonym oder mit Namen und Kontaktdaten ausgefüllt werden.

Wir hoffen, daß die Leidtragenden den jeweiligen Fragebogen nutzen, um ihre ganz

persönlichen Erfahrungen und Eindrücke als politisch inhaftierter Vater im Zuchthaus Cottbus bzw. als Kind eines politisch inhaftierten Vaters zu schildern. Wir möchten ihnen eine Stimme für das erlittene

Unrecht geben. Fragebögen können angefordert werden über Katrin.Behr@zwangsadoptierte-kinder.de oder über das MRZ, Sylvia Wähling, Bautzener Straße 140, 03050 Cottbus, Tel: 0049-355-290133-0

(Durchwahl-12), Fax: 0049-355-290133-33, sylvia.waehling@menschenrechtszentrum-cottbus.de

Katrin Behr

i.A. Menschenrechtszentrum Cottbus

Die Friedliche Revolution von 1989 in Frankfurt/Oder

Ausstellung mit Fotografien von Hartmut Kelm

(cs)30 Jahre ist es her, daß in Frankfurt/Oder die Menschen auf die Straße gingen. Sie demonstrierten für die Wahrung der Menschenrechte und für die demokratische Mitgestaltung. In der ehemaligen Bezirkshauptstadt war dies wegen vieler zentraler Einrichtungen der Macht besonders mutig.

Hartmut Kelm hat die Vorgänge vor, während und nach der Friedlichen Revolution fotografiert. Er war damals beim Neuen Forum selbst politisch aktiv. Mit seinen Bildern soll auf das einmalige Ereignis zurückgeblickt werden. Die Ausstellung ist noch bis Januar 2020 zu sehen.

Ort: Gedenkstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“, Collegienstr. 10, 15230 Frankfurt/Oder, Tel. (03 35) 680 27 12 oder (03 35) 401 56 10

Geöffnet dienstags und donnerstags 10.00 bis 17.00 Uhr sowie nach Voranmeldung. Der Eintritt ist frei. 

Berliner Sonderausstellung im Parlamentarium

Hinter der Berliner Mauer – Staatssicherheit in der DDR-Diktatur

Am 7. November 2019 eröffnete im Parlamentarium in Brüssel – dem Besucherzentrum des Europäischen Parlaments – die Sonderausstellung des Stasimuseums Berlin im Beisein zahlreicher Europaabgeordneter, darunter die Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments Katarina Barley und Othmar Karas, der Präsident des EU-Ausschusses der Regionen, Karl-

Heinz Lambertz, Europastaatssekretär Gerry Woop, Botschafter Martin Kotthaus sowie weitere ca. 100 Gäste. Die Ausstellung wird bis zum 19. April 2020 dort zu besichtigen sein.

Die Ausstellung umfaßt wesentliche Teile der Dauerausstellung des Stasimuseums Berlin. Sie zieht einen Bogen von den An-

fängen der kommunistischen Diktatur im sowjetisch besetzten Nachkriegsdeutschland bis zum Fall der Berliner Mauer und der Friedlichen Revolution in der DDR. Im Mittelpunkt steht das wichtigste Machtinstrument der Diktatur: das Ministerium für Staatssicherheit. Der Eintritt ist frei.

John Steer

„Mauern – Gitter – Stacheldraht“

(awb)Am 14. November 2019 wurde im Landtag von Sachsen-Anhalt die UOKG-Wanderausstellung „Mauern – Gitter – Stacheldraht“ aufgebaut, und 16.30 Uhr fand die Eröffnung statt. Die Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch begrüßte selbst die anwesenden Landtagsabgeordneten, die Landesbeauftragte, Birgit Neumann-Becker sowie den Vertreter der VOS und dankte der UOKG für diese Ausstellung.

In ihrer Begrüßungsrede zeigte sie deutlich ihre Unterstützung für die ehemaligen politisch Verfolgten und Inhaftierten der DDR. Ihre Anwesenheit bedeutete die hochrangigste Würdigung der Ausstellung, die es bisher durch amtierende Politiker gab.

Anschließend hielt der Beauftragte der UOKG für die Wanderausstellung, Alexander W. Bauersfeld, den Einführungsvortrag, in dem er die Verbrechen der sozialistisch-kommunistischen SBZ und DDR-Diktatur ansprach und auch vor Ex-

tremismus jeglicher Art warnte. Wie notwendig diese Ausstellung ist, um aus der doppelten Diktaturerfahrung in Deutschland zu lernen, wird deutlich in dem Satz von Rainer Kunze: Die Vergangenheit nicht zu kennen, kann die Zukunft kosten.

Die Ausstellung wird bis zum 18. Dezember 2019 im Landtag zu sehen sein. Auf der Internet-Seite des Landtages von Sachsen-Anhalt wird die Ausstellung vorgestellt und besprochen.

Die Ausstellung existiert in zwei Varianten:

1. Als 17teilige Bannerausstellung mit den Maßen 1 m x 2 m (B x H), die als Wanderausstellung angemietet werden kann. Die Ausstellung wird auf Wunsch von einem ehemaligen politischen Häftling der DDR authentisch eröffnet.
2. Als Plakatsatz, der von interessierten Einrichtungen käuflich gegen einen

kleinen Unkostenbetrag erworben werden kann.

Wenn Sie Interesse daran haben, die Wanderausstellung zu zeigen, erfragen Sie bitte die Ausleihkonditionen unter folgender Adresse (genaue Angaben dazu ab Mitte Januar 2020 auch auf www.uokg.de): UOKG Bundesgeschäftsstelle, zu Hd. Frau Dombrowski, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Petra Dombrowski: (030) 55 77 92 32, p.dombrowski@uokg.de

Transportvolumen der 17teiligen Bannerausstellung: 120x80x80 cm. Bannerausstellung Maße: 17x100 cmx 200 cm (Anzahl/Breite/Höhe)

Bitte fragen Sie bei uns an, zu welchen Zeiten 2020 die Banner-Version bereits gebucht ist. 



Startplakat der UOKG-Wanderausstellung. Quelle: UOKG

Erinnerungen an den Mauerfall

Obwohl die Öffnung der Berliner Mauer Ende des Jahres 1989 schon häufig beschrieben worden ist, sind Erlebnisberichte immer interessant und lehrreich. In dem von dem Berliner Autor Matthias Bath herausgegebenen Buch schildern etwa zwei Dutzend Personen ihre damaligen und heutigen Eindrücke. Ich selbst kann die Berichte gut nachvollziehen. Damals, nachdem ich im

Fernsehen von der bekannten Pressekonferenz erfuhr, lief ich auf dem Kurfürstendamm in Richtung Osten mit der Videokamera in der Hand. So viele Menschen in ihren Trabis filmte ich, wie es der Akku möglich werden ließ. Beim Lesen des Buches kamen bei mir mit der Erinnerung auch die positiven Emotionen wieder.

Neben politischen Beamten (Detlef Kühn, ehemals Präsident des Gesamtdeutschen Instituts) kommen freigeverkaufte Häftlinge (z.B. Hartmut Richter), Menschen aus Dänemark und auch Personen

zu Wort, die damals Vopos (sogenannte Volkspolizisten) waren.

Die Texte haben, was dem Thema geschuldet ist, viel Ähnlichkeit. Aber da sie aus unterschiedlicher Perspektive geschrieben wurden, sind sie dennoch alle lesenswert. Außer den Erlebnisberichten enthält das Buch Informationen, die manchem Leser neu sein dürften. Die SED-

Anführer und besonders Stasi-Minister Mielke sahen die Reformen in der Sowjetunion durch Michael Gorbatschow realistisch, sie befürchteten den Machtverlust. Wohl spätestens im Frühjahr des Jahres 1989, als die Öffnung der ungarischen Grenze bevorstand, dürften Honecker & Co. schlaflose Nächte gehabt haben. Bath ruft in Erinnerung, in welchem Zusammenhang die ungarische Entscheidung mit Vereinbarungen zwischen Rumänien und Ungarn stand.

Letztlich wollte eine große Mehrheit der noch verbliebenen DDR-Bewohner keine Verbesserung der DDR, sondern deren Beseitigung durch Wiedervereinigung. Eine dänische Autorin bringt zum Ausdruck, daß sich zwar die Sprache der Ostberliner von jener der Westberliner unterschied, sie aber dennoch das Gefühl der Zusammengehörigkeit spürte.

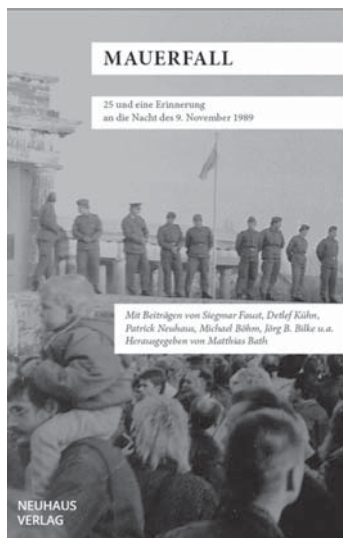
Im Buch werden einige der damaligen Akteure ins Bild gesetzt, so etwa US-Präsident George H.W. Bush und der französische Präsident Mitterand, die zur Frage einer deutschen Einheit unterschiedliche Positionen hatten. Auch Prof. Jens Reich vom Neuen Forum, der sich gegen kapitalistische Verhältnisse aussprach, findet Erwähnung. In einem der Texte wird demgegenüber zum Ausdruck gebracht, daß die DDR durch ständige Kreditaufnahme auf Kosten vor allem der DDR-Bewohner zu verantworten hatte. Selten ist bisher beschrieben worden, daß private politische Organisationen aus dem Westen am Prozeß der deutschen Einheit aktiv beteiligt waren. Im Buch wird dies vor allem am Beispiel der Partei Die Republikaner, die sich politisch eher als rechts verstand, verdeutlicht. Die Texte enthalten auch Informationen, die nicht nur dem inte-

ressierten Laien neu sind. Zum Beispiel wurden Bausoldaten (Männer, die den Dienst an der Waffe verweigerten, nicht jedoch den Dienst in der Armee) infolge der vielen geflüchteten medizinischen Mitarbeiter als Pflegekräfte in Krankenhäusern eingesetzt.

Einige Anmerkungen zu den Texten seien gemacht, die aber den insgesamt guten Eindruck, den das Buch hinterläßt, nicht schmälern. Im Text von Siegmur Faust ist eine mißverständliche Formulierung enthalten, nämlich daß der 9. November auch noch für schlimmere Ereignisse stehe. Natürlich sind die bekannten schlimmen Ereignisse gemeint. Das Ereignis vom 9.11.1989 wurde dagegen geradezu als Befreiung empfunden. Es verwundert einigermaßen, daß Detlef Kühn von der DDR gleichsam als einem Land spricht, immerhin existierte sein Institut nur deswegen, weil die DDR als ein Teil Deutschlands galt. Jörg Kürschner schreibt in seinem Text, er sei wegen der Weitergabe verbotener Literatur an Personen in der DDR verhaftet worden. Da es für die SED verbotene Literatur nicht gab, könnte die Kürschnersche Äußerung mißverständlich sein. Der Hetze-Paragraph stand stellvertretend für die Willkür im politischen Strafrecht. Nicht die objektive Handlung stand in Sachen Literatur im Vordergrund, sondern die subjektive Tatkomponente. Also konnte auch die Weitergabe eines Buches von Honecker den Tatbestand dieses Paragraphen erfüllen. Im Hinblick auf diesen Paragraphen war die Willkür System. Bei einer Neuauflage sollte dies durch eine Anmerkung berücksichtigt werden.

Alles in allem ein gut lesbares Buch, das den Zeitgenossen vieles in Erinnerung ruft. Und ein Buch, das jüngeren Leuten einen Einblick in die turbulente Zeit des Jahres von Herbst 1989 bis Frühjahr 1990 gibt.

Bernd Lippmann



.....
Matthias Bath (Hg.): *Mauerfall. 25 und eine Erinnerung an die Nacht des 9. November 1989*, Neuhaus Verlag 2019, 180 S., 16,90 €
.....

Verwischte Spuren

(VT) Es ist eine Reise in die Vergangenheit, als Isa nach dem Fall der Mauer 1989 in der Absicht, Aufklärung über den Tod ihres Bruders zu erlangen, nach Berlin fährt. Die vertrauten Straßen der Kindheit wecken Erinnerungen. Und statt die Stasi-Unterlagen-Behörde in Berlin aufzusuchen, folgt sie einem inneren Wegweiser, der sie schließlich mit ihrem tot geglaubten Sohn zusammenführt.

Von der 25 Jahre zurückliegenden Zwangsadoption ihres Kindes in der DDR weiß sie nichts, da man ihr nach der Entbindung sagte, daß sie eine Fehlgeburt gehabt hätte. Schließlich steht Isa vor einem Rätsel, als sich nach langer Zeit unverhofft ihre Wege kreuzen...

.....
Karola Beck: *Verwischte Spuren. Eine Berliner Novelle*, Anthea Verlag, Berlin 2019, 102 S., 9,90 €; bei Bezug über den Verlag (Anthea Verlag, Hubertusstr. 14, 10365 Berlin, E-Mail info@anthea-verlag.de) erhalten Stacheldraht-Leser 30% Rabatt, zuzügl. Porto
.....



Veranstaltungen

18.12. (Mi), 17.00 Uhr:

Einer Diktatur auf der Spur. Führung durch den einstigen Sitz der Staatssicherheit in Leipzig; Veranstaltung der BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

18.12. (Mi), 18.00 Uhr:

Von der bipolaren zur globalisierten Welt: **Das Ende des Staatssozialismus und die „neue Unübersichtlichkeit“ internationaler Ökonomie**, mit André Steiner, Potsdam, Alexander Nützenadel, Berlin, u. Andreas Eckert, Berlin; Veranstaltung im Rahmen der Öffentlichen Ringvorlesung „1989 – (k)eine Zäsur?“, konzipiert v. Martin Sabrow, Gerhard Sälter, Tilmann Siebeneicher u. Peter Ulrich Weiß; Ort: Stiftung Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, Besucherzentrum, 13355 Berlin

21.12. (Sa)/22.12. (So), jeweils 11.00 u. 14.00 Uhr:

Zeiteugenführung mit Gerhard Vahldiek, incl. Einführungsfilm zwei Stunden; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

23.12. (Mo), 14.00 Uhr:

Öffentliche Führung durch die Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden; Veranstaltung der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden; Ort: Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden, Bautzner Str. 112a, 01099 Dresden

27.12. (Fr)/28.12. (Sa), jeweils 16.30 Uhr:

Öffentliche Führung durch die Ausstellung „Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution“; Veranstaltung des Bürgerkomitees Leipzig; Treffpunkt: Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, ehemaliger Stasi-Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

7.1. (Di), 18.00 Uhr:

Bürgerrechte in der DDR – Kampf um Meinungsfreiheit, Petra Riemann, Schnittmeisterin beim rbb, und Torsten Sasse, Journalist, stellen ihren 30minütigen Dokumentarfilm vor; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

8.1. (Mi), 18.00 Uhr:

Die ostdeutsche Volksmeinung: Wie demokratisch war die DDR-Bevölkerung?, mit Jens Gieseke, Potsdam; Veranstaltung im Rahmen der Öffentlichen Ringvorlesung „1989 – (k)eine Zäsur?“, konzipiert v. Martin Sabrow, Gerhard Sälter, Tilmann Siebeneicher u. Peter Ulrich Weiß; Ort: Humboldt-Universität zu Berlin, Hausvogteiplatz 5–7, Saal 007, 10117 Berlin

Putin und der Westen

Das neue Buch der bekannten US-Rußlandexpertin Angela Stent vermittelt einen überaus tiefen Einblick in die Ex-Sowjetunion. Deren Ende bedeutete für viele Russen eine Demütigung ihres Imperiums mit seinen Traditionen und Vorstellungen von der Welt. Hatte der Westen gehofft, das Land in eine liberale Ordnung integrieren zu können, so wertete Putin dies als Versuch, Rußland zu dominieren und seine Identität auszulöschen.

Er repräsentiert heute die traditionelle, kollektivistische und autoritäre politische Kultur seines Landes. Ziel ist, es zur einstigen Größe zu führen. Zur Erhaltung der eigenen Macht wird seine Außenpolitik von innenpolitischen Rücksichten getrieben. Die gravierenden Schwächen Rußlands sind sein geringes Bruttosozialprodukt, ein Bevölkerungsrückgang mit wachsenden ethnischen Konflikten, die weitgehende Abhängigkeit von eigenen Ressourcen und Einnahmen aus Öl- und Gasexporten und eine verfallende Infrastruktur. Ohne tiefgreifende strukturelle Modernisierung wird das Land zurückfallen.

Außenpolitisch beansprucht Putin „einen Platz am Tisch bei allen wichtigen internationalen Entscheidungen“, er möchte auf Augenhöhe mit den USA agieren. Zudem will Moskau Anrechte auf privilegierte Interessen im Raum der Ex-UdSSR. Dieses „Nahe Ausland“ sieht es als Teil eigener Verteidigungsstrategie. Zugleich habe Rußland das Recht, diesen Staaten seinen Willen aufzuzwingen.

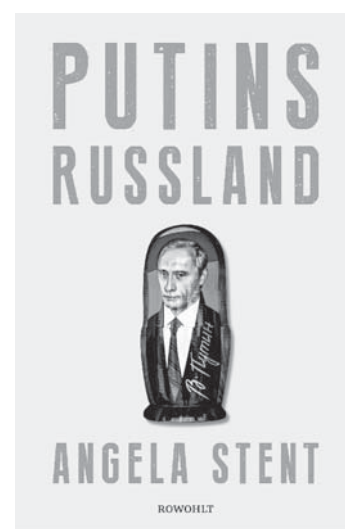
Diesen Einfluß zu akzeptieren, ist der Westen nicht bereit. Andererseits ist er nicht

darauf vorbereitet, sich in einem Maße dort zu engagieren, um die vorherrschende Rolle des Kremls ernsthaft in Frage zu stellen. Daß jene Länder der EU beitreten werden, ist daher unwahrscheinlich – insofern ein Sieg Putins.

Moskau konnte sein Verhältnis zu China verbessern, im Nahen Osten das US-Einflussmonopol aufbrechen und sogar den NATO-Partner Türkei enger an sich binden. Durch Verstärkung der Differenzen im westlichen Bündnis hofft Putin auf das Scheitern eines geeinten Europas.

Notwendig wären zwischen beiden Großmächten Gespräche über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, einen New START-Vertrag und die Cyber-Sicherheit. Dazu müßte der Westen bekunden, wie fest er zu seinen Werten steht und wie groß tatsächlich sein Wille ist, sich gegen Putins Bedrohungen zu wehren. Wichtig ist die Aufrechterhaltung einer starken, handlungsfähigen Allianz! Vor allem sollte man auf Überraschungen im Umgang mit Putin vorbereitet und beweglich genug sein, um darauf unmittelbar zu reagieren. Voller Mißtrauen mahnt die Autorin: „In Putins Welt ist es ratsam, das Unerwartete zu erwarten.“

Friedrich-Wilhelm Schlomann



.....
Angela Stent: *Putins Rußland*, Rowohlt-Verlag, Hamburg 2019, 559 S., 25,- €
.....

Eine Handvoll Leben

Im Winter 1944 wird die kleine Monika von russischen Soldaten verschleppt. Zusammen mit anderen Kindern wird sie in einem abgelegenen Gulag völlig sich selbst überlassen. Durch ständigen Hunger, beißende Kälte und fehlende Fürsorge verwahrlost sie immer mehr. Als das Mädchen nach Jahren befreit wird, bleibt ihr ein normales Leben versagt. In einer Pflegefamilie versucht man der traumatisierten Monika mit Strenge und Gewalt beizukommen, doch sie sehnt sich nach Geborgenheit und hofft noch immer auf ein Wiedersehen mit ihrer Mutter.

Monika Dahlhoff wird 1940 in Königsberg geboren. An ihrem 18. Geburtstag verläßt sie ihre Familie und baut sich in Düsseldorf ein eigenes Leben auf. Viele Jahre lang muß sie hart arbeiten, um eine glückliche und sorgenfreie Existenz führen zu können. Doch es gelingt. Heute ist Monika Dahlhoff Mutter zweier erwachsener Töchter und lebt mit ihrem Mann in Hamm.

.....
Monika Dahlhoff: *Eine Handvoll Leben. Meine Kindheit im Gulag*, Bastei Lübbe 2013, 272 S., 9,90 €
.....



Hunde bei der Therapie

(VT) Wer sich für die Möglichkeiten tiergestützter Interventionen interessiert, kann sich in diesem Arbeits- und Erfahrungsbuch nicht nur von deren Wirksamkeit im Beratungskontext überzeugen, sondern erhält gleichzeitig auch eine Reihe nützlicher Tips rund um den Einsatz von Therapiebegleithunden. Das umfassende Werk zum Thema bietet spannende Einblicke in die tiergestützte Arbeit am Beispiel der Beratungsstelle Gegenwind, einer Anlaufstelle für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur.

Anschauliche Fallvignetten lassen den Leser Zeuge des gelingenden Zusammenspiels zwischen der Therapiebegleithündin Jette und ihrer Halterin Bettina Kielhorn werden. Die erfahrene Therapeutin beschreibt in diesem Buch zudem hilfreiche Übungen für den Therapiebegleithund mit detaillierten Übungsplänen und gibt ausführliche Informationen zu den Voraussetzungen tiergestützter Interventionen.

Bettina Kielhorn wurde 1960 in Berlin geboren und wohnt mit Mann und zwei Hunden im Umland von Berlin. Sie setzt sich seit ca. 15 Jahren mit dem Thema tiergestützte Beratung und Therapie in der sozialen Arbeit auseinander. Das macht sie in der Beratungsstelle „Gegenwind“ sowie freiberuflich in eigener Praxis – www.tiergestuetzte-supervision.de.



.....
Bettina Kielhorn: Das Therapiebegleithunde-Arbeitsbuch. Tiergestützte Interventionen mit einem Therapiebegleithund bei Patienten mit PTBS und komplexen Traumafolgestörungen am Beispiel der Beratungsstelle „Gegenwind“, Verlag Dogs&Jobs 2019, 316 S., 29,99 €

Ost-Berlin

Erstmals erschien dieser Fotobildband 1987 im Piper Verlag München und war sensationell, denn er widersprach dem Trend, die „DDR als zehnstärkste Wirtschaftsmacht“ der Welt darzustellen. Während in weiten Kreisen von Politik und Medien im Westen Deutschlands die Diktatur der SED immer stärker schöngefärbt wurde, beschrieb Lutz Rathenow mit fast grausamer Offenheit den Verfall in Ost-Berlin und Harald Hauswald assistierte ihm mit der Kamera.



.....
Harald Hauswald (Fotos), Lutz Rathenow (Text): Ost-Berlin, Vorworte von Jan Josef Liefers u. Ilko-Sascha Kowalczyk, Jaron Verlag, erweiterte Neuaufl. 2019, 144 S., 24,- €

Aus den schwarz-weißen Fotos kommt einem förmlich den Geruch von Müll und Urin entgegen, der die spielenden Kinder im Prenzlauer Berg begleitete, die im Bauschutt und nicht auf Spielplätzen in den Farben des „real-existierenden Sozialismus“ ihre Freizeit verbrachten. Depression in den Gesichtern, die dem offiziell verordneten sozialistischen Optimismus-Bild widersprechen. Während in den DDR-Künsten süß und fad ein Bild von jubelnden Menschen obligat war, widersetzten sich Rathenow und Hauswald, was den

Zorn der SED-Funktionäre hervorrief, die den mutigen Schriftsteller schon einmal politisch inhaftiert hatten.

Während sich viele West-Politiker 1987 auf den roten Teppich um Honecker drängten, bei seinem Besuch in Bonn, und in der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ der ehemalige Bundeskanzler Schmidt den Diktator aus Ost-Berlin als „Deutschen Bruder“ begrüßte, wurde die Opposition in Ost-Berlin und der DDR kaum gewürdigt. Deshalb war dieser Bildband besonders wichtig, der allerdings auch von SED-freundlichen Journalisten als Produkt Kalter Krieger denunziert wurde und schon damals nicht die breite Beachtung erfuhr, die er verdient hätte.

Zwei Jahre nach Erscheinen des Bandes wurde deutlich, wie brutal die sozialistische Wirklichkeit war, als Chris Gueffroy im Februar 1989 im Auftrag des SED-Politbüros an der Berliner Mauer ermordet wurde. Es bleibt das Verdienst von Rathenow und Hauswald, diese Diktatur als inhuman dargestellt und ihre ideologische Verlogenheit enthüllt zu haben. In dieser Neuauflage ist das Buch erweitert worden und ein wichtiger Beitrag zum Erinnerungsjahr 2019.

Wer sich wirklich um eine offene Aufarbeitung der SED-Diktatur bemüht, der sollte unbedingt das sehr empfehlenswerte Buch lesen und die Fotos ausgiebig auf sich wirken lassen.

Anton Odenthal

Veranstaltungen

8.1. (Mi), 18.15 Uhr:

Das Jahr 1963 im Spiegel der Stasi – Informationsberichte an die Partei- und Staatsführung der DDR, wissenschaftliches Kolloquium, Ref. Dr. Georg Herbstritt, BStU; Veranstaltung d. BStU; Ort: BStU, Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin

15.1. (Mi), 18.00 Uhr:

Familienumbrüche: Die „lange Wende“ als Generationenkonflikt, mit Dorothee Wierling, Hamburg, u. Annette Leo, Berlin; Veranstaltung im Rahmen der Öffentlichen Ringvorlesung „1989 – (k)eine Zäsur?“, konzipiert v. Martin Sabrow, Gerhard Sälter, Tilmann Siebeneicher u. Peter Ulrich Weiß; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

17.1. (Fr)/18.1. (Sa)/19.1. (So), jeweils 19.30 Uhr:

Wende einer Chronik, Lesung, Dokumentartheaterstück v. Inge Dietrich, Sabine Werner u. d. Historikerlabor e.V., im Anschluß Publikumsgespräch, Karten 12 €, ermäßigt 6 €, Reservierung unter E-Mail kontakt@historikerlabor.de; Veranstaltung d. Historikerlabors e.V., d. BStU u. d. Robert-Havemann-Gesellschaft; Ort: BStU, Ruschestr. 103, Haus 22, 10365 Berlin-Lichtenberg

21.1. (Di), 18.00 Uhr:

Das Ende der Staatssicherheit in Rostock, Nathalie Nad-Abonji, Schweizer Journalistin, stellt ihren spannenden 50minütigen Hörfunkbeitrag vor; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

22.1. (Mi), 18.00 Uhr:

Mediales Erbe: Das Nachleben der DDR in Presse und Fernsehen, mit Mandy Tröger, München, u. Peter Ulrich Weiß, Potsdam; Veranstaltung im Rahmen der Öffentlichen Ringvorlesung „1989 – (k)eine Zäsur?“, konzipiert v. Martin Sabrow, Gerhard Sälter, Tilmann Siebeneicher u. Peter Ulrich Weiß; Ort: Stiftung Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, Besucherzentrum, 13355 Berlin

28.1. (Di), 10.00 Uhr:

Archivführung für Senioren am historischen Ort, an den einzelnen Stationen stehen Sitzmöglichkeiten zur Verfügung, der Zugang ist barrierefrei; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera; Ort: Außenstelle Gera, Hermann-Drechsler-Str. 1, 07548 Gera



29.1. (Mi), 18.00 Uhr:

Sozialismus am Ende? Metamorphosen der deutschen Linken nach 1989, mit Peter Brandt, Hagen; Veranstaltung im Rahmen der Öffentlichen Ringvorlesung „1989 – (k)eine Zäsur?“, konzipiert v. Martin Sabrow, Gerhard Sälter, Tilmann Siebeneicher u. Peter Ulrich Weiß; Ort: Humboldt-Universität zu Berlin, Hausvogteiplatz 5–7, Saal 007, 10117 Berlin

4.2. (Di), 18.00 Uhr:

Mit der Eisenbahn durch den dialektischen Materialismus, Inge M. Thürknauf, Schauspielerin und Publizistin, stellt ihr mit ihrem Mann verfaßtes Buch vor; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

5.2. (Mi), 18.00 Uhr:

Zwischen Ethnos und Demos: Territorialität, kulturelle Grenzen und politische Zugehörigkeit in Ostmittel- und Südosteuropa seit 1989, mit Nenad Stefanov, Berlin; Veranstaltung im Rahmen der Öffentlichen Ringvorlesung „1989 – (k)eine Zäsur?“, konzipiert v. Martin Sabrow, Gerhard Sälter, Tilmann Siebeneicher u. Peter Ulrich Weiß; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

12.2. (Mi), 18.00 Uhr:

Aufarbeitung und Wissenschaft zwischen Kooperation und Konflikt, mit Anna Kaminsky, Berlin, Christina Morina, Jena, u. Gerhard Sälter, Berlin; Veranstaltung im Rahmen der Öffentlichen Ringvorlesung „1989 – (k)eine Zäsur?“, konzipiert v. Martin Sabrow, Gerhard Sälter, Tilmann Siebeneicher u. Peter Ulrich Weiß; Ort: Stiftung Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, Besucherzentrum, 13355 Berlin

18.2. (Di), 18.00 Uhr:

Die bröckelnde Festung, Gabriele Stötzer, Erfurter Schriftstellerin und Künstlerin, stellt ihr autobiographisches Werk vor; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

Danke!

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft dankt ganz herzlich allen, die 2019 für den Dachverband gespendet haben.

Der Vorstand

Der rote Doktor

(VT) Im August 1944 wird der Röntgenarzt Joseph Schölmerich vom Volksgerichtshof zu einer mehrmonatigen Haftstrafe verurteilt, weil er dem kommunistischen Widerstand angehörte. 1949 wird er, zuvor Personalchef der SBZ-Gesundheitsverwaltung, inzwischen aber politisch desillusioniert, vom NKWD verhaftet und nach Workuta deportiert. 1954 heimgekehrt an seinen Geburtsort Kasbach am Rhein, engagiert sich Schölmerich zusam-



.....
Gerd Laudert: *Der rote Doktor. Arzt, Kommunist, Antistalinist, Autor. Joseph Schölmerich (1913–1995)*, Metropol Verlag, Berlin 2019, 260 S., 24,– €
.....

men mit anderen Dissidenten und DDR-Flüchtlingen wie Wolfgang Leonhard, Hermann Weber und Gerhard Zwerenz für einen „dritten Weg“ jenseits von stalinistischem Kommunismus und westlichem Kapitalismus.

In den 1970er Jahren tritt „der rote Doktor“ als radikaler Kritiker des westdeutschen Gesundheitssystems hervor und wird, inzwischen SPD-Mitglied, von der etablierten Ärzteschaft als „kommunistischer Propagandahetzer“ diffamiert. Gerd Laudert hat für seine Biographie neue Quellen entdeckt und Zeitzeugen befragt. Eindrucksvoll schildert er das wechselvolle Leben des heute fast vergessenen Arztes, Aktivisten und Autors.

Gerd Laudert, geboren 1954, aufgewachsen am Mittelrhein, war 30 Jahre Grundschullehrer in Niedersachsen und ist seit Mitte der 1990er Jahre auch Sachbuchautor. Er veröffentlichte bisher sechs Bücher. Heute schreibt er vor allem zu literatur- und zeitgeschichtlichen Themen.

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Januar und Februar Geburtstag haben

Dr. Egon Weber am 5. Januar, Edith Protze am 12. Januar, Jörg Strauß am 17. Januar, Heinz Scholz am 27. Januar, Norbert Lipski, Eugen Mühlfeit, Hartmut Richter am 29. Januar, Michael Kalkstein am 30. Januar, Erna Müller, Hubert Polus am 2. Februar, Josef Seemann am 3. Februar, Heinrich Labuhn am 7. Februar, Kasimir Tomaske am 9. Februar, Horst Epp am 10. Februar, Emil Hanisch am 12. Februar, Hans Schulze am 13. Februar, »»

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kegel@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Do, 12–19 Uhr; Fr, 11–14 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Viktor Gorynia am 18. Februar, Norbert Kusenack am 22. Februar, Helmut Schneider am 24. Februar

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Helmut Gerd Bartmuß, Gisela Bauer, Uwe Behne, Dr. Kuno Budack, Gerold von Busse, Erna Carbow, Angelika Ducke, Dr. Wolf Erler, Eberhard Fischer, Hannelore u. Klaus-Peter Fritsch, Bernd Hartwig, Konstanze Helber, Erna Lobbes, Jürgen Lorenz, Gerd Lukoschus, Fritz Mathei, Barbara Müller, Peter E. Müller, Michael Peters, Prof. Dr. Franz-Viktor Salomon-vom Stein, Werner Schulze, Manfred Smala, Roland Steinbach, Burkhard Ulm, Margret Wegener, Michael Wühle

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG

IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Es ist nicht von Bedeutung,
wie langsam du gehst,
solange du nicht stehen bleibst.

Konfuzius

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V.
(BSV) LV Berlin-Brandenburg
Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

**BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG**

Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,– Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereichter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 27. November 2019

